

ROT FUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Gralshüter?

Es gibt Leute, die begegnen uns mit dem Vorwurf, wir empfänden uns als „Gralshüter“ und „Tempelwächter“ der „reinen Lehre“. Das ist offenbar Ausdruck des Unbehagens darüber, daß wir uns dem Abdriften von unserer Theorie - dem Abgehen vom Marxismus-Leninismus - entschieden widersetzen. Ideologische Wachheit hat mit Dogmatismus nichts zu tun.

Natürlich ist die Behauptung, wir wähten uns auf dem Olymp der Weisen, unrichtig. Wir besitzen weder das „Ei des Kolumbus“ noch das „Salz der Erkenntnis“. Aber wir haben einen Kompaß für den Weg und kennen das Ziel; wir lassen uns nicht vom Weg abbringen, um an ein anderes Ziel zu gelangen. Und wir wissen zugleich, woher wir kommen: Während Schmäher, „Neubewer-ter“, „Aufarbeiter“, „Büßer“ und „Angekomme“ noch immer Hochkonjunktur haben, bekennen wir uns stolz zur Sache der DDR.

Viele unserer Leser sind Mitglieder und Sympathisanten der PDS. In der Regel gehören sie zu jenen in den Basisorganisationen oftmals die Mehrheit bildenden „dogmatischen Linken“, die Gregor Gysi gerne loswerden will. Sie sind standhafte und bewährte Kommunisten-Sozialisten. Deshalb werden sie von ihrer Parteiführung und auch manchen Mitgenossen als „Betonköpfe“ und „Stalini- sten“ bezeichnet. (Beton ist übrigens ein sehr stabiles Material!) Man bezieht auch sie, „Gralshüter“ und „Tempelwächter“ sein zu wollen. Der „RotFuchs“ ermutige sie und helfe ihnen, sich im immer dornigeren ideologischen Dickicht der PDS zurechtzufinden, schreiben uns diese Genossen. Andere PDS-Mitglieder helfen beim RF-Vertrieb oder reihen sich ganz selbstverständlich unter die Autoren ein. Wie in dieser Ausgabe. Ihre Beiträge sind uns stets willkommen. Schließlich ist der „RotFuchs“ eine Tribüne für Sozialisten, Kommunisten und andere Antifaschisten. Das kommt in hunderten Leserzuschriften und auch in der unterschiedlichen Herkunft unserer ständigen Mitarbeiter zum Ausdruck. Während uns täglich Briefe, Faxe, E-mail-Anfragen und Anrufe neuer Interessenten erreichen, hat es seit Jahresbeginn leider auch zwei Abbestellungen gegeben, über die wir hier berichten wollen. Eine alte Genossin aus Berlin-Treptow schickte uns 40 Mark, bedankte sich für die regelmäßige Zusendung und schrieb, sie habe den „RotFuchs“ stets mit Gewinn gelesen, halte aber unsere Berichterstattung über die PDS für „sektiererisch und der Einheit der Linken abträglich“. Ein Genosse aus Mühlengeez im Kreis Güstrow, der auf Anraten eines anderen

Lesers ein Probe-Exemplar erhalten hatte, winkte telefonisch ab: „Eure Zeitung ist gegen die PDS“. Genosse Buschow aus Schwerin, einer unserer aktivsten Korrespondenten, schilderte brieflich seinen Dialog mit einer „durchaus linken Schriftstellerin“. Sie habe ihm gesagt: „Der RF behandelt die PDS - die uns am nächsten stehende Partei - zu haßerfüllt.“ Genosse Buschow fuhr fort: „Ich erwiderte, es handele sich eben um eine streitbare Auseinandersetzung. Aber nachdenklich stimmte mich diese Meinung schon.“

Auch uns zwingt sie zum Überlegen. Setzen wir die Akzente immer richtig? Stoßen wir potentielle oder tatsächliche Kampfgefährten, die unsere Polemik überhaupt nicht treffen soll, vor den Kopf? Leiten wir den Sozialdemokratisieren und revisionistischen Ausverkäufern in Führungsetagen der PDS, gegen die wir zu recht kompromißlos auftreten, ungewollt Wasser auf die Mühlen?

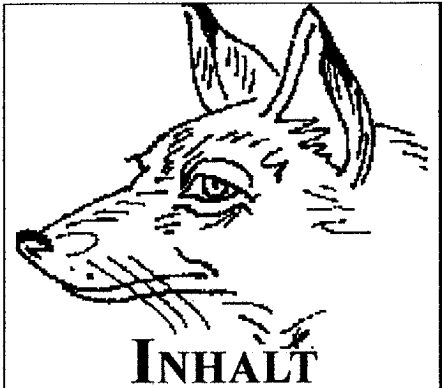
Wir sind auf gar keinen Fall „haßerfüllt“ gegenüber der PDS. Wir sehen in ihr nach wie vor die einflußreichste antifaschistisch-demokratische Kraft im linken Sektor der deutschen Politik. Sie ist erklärmaßen keine Partei der Arbeiterklasse wie DKP und KPD. Sie ist eine nichtrevolutionäre, nichtmarxistische, nichtkommunistische Partei, in der es sowohl treue Kommunisten und Sozialisten als auch eindeutige Antikommunisten gibt.

Werden frische Beweise für die letzte Behauptung gefordert?

Man sehe sich nur die Titelseite der PDS-Mitgliederzeitung „Disput“ (Nr. 2/2000) an. Sie zeigt eine Bildleiste mit den Köpfen von Ulbricht, Kohl, Honecker und Kanther, dazu den großgesetzten Begleittext: UNSERE BESTEN ... Die Partei, die Partei, die hat immer Geld“. Das ist antikommunistische Hetze pur! Die Gleichsetzung gestandener Antifaschisten und proletarischer Kämpfer mit den als Kriminelle überführten Spitzenlakaien des deutschen Kapitals! Schlimmer geht's nimmer!

„Das ist nicht nur für mich beleidigend und unzumutbar“, schrieb der nordbayerische DKP-Funktionär Erich Schreyer aus Röthenbach / Pegnitz an die „Disput“-Redaktion. Seine Worte drücken aus, was auch die Mehrheit der PDS-Genossen, der wir freundschaftliche Gefühle entgegenbringen, empfindet: Die aus der SED hervorgegangene Partei des Demokratischen Sozialismus darf auf keinen Fall eine Partei des Antikommunismus werden.

Deshalb: Gemeinsam gegen Rechts, wobei Rechts bisweilen in linker Maske daherkommt! S.R.



Gralshüter?	S. 1
Der Krieg der „Friedenstruppe“	S. 2
Fünf linke Zeitungen an einem Tisch	S. 2
Eine einmalige Chance	S. 3
Prof. Dr. Hans Heinz Holz bei Nordost	S. 4
Da ist noch allerlei im Nähkästchen	S. 5
Über das Abstoßen von „Fremdkörpern“	S. 6
Über altes Denken	S. 6
IV. Kongreß der serbischen Sozialisten	S. 7
Avantgarde des Widerstandes	S. 8
Im Geiste von Tours	S. 9
Israelisches Kommunistisches Forum gegründet	S. 9
Wie war das mit dem Ostbüro der SPD?	S. 10
Als Philipp Müller erschossen wurde	S. 10
Gedanken zur FDJ-Geschichte	S. 11
Über „Leitfiguren“ und Vorbilder	S. 12
Rädelführer mit Aktentasche	S. 13
Auferstanden aus Ruinen	S. 14
Zum Meinungsstreit um Lenins Parteitheorie	S. 15
Rosa Luxemburg contra Lenin?	S. 16
Warum besaß die SED 1989 kein Rückzugskonzept?	S. 17
Messerschmidts Bölkow	S. 17
Am Rio de la Plata	S. 18
Am Rande bemerkt	S. 19
Leserbriefe	S. 20
Die „politische Klasse“	S. 23
Termine & Anzeigen	S. 24

Bereitet die NATO eine neue Offensive aus dem Kosovo vor?

Der Krieg der „Friedenstruppe“

Unlängst trafen Frau Albright und ihr Boy Josef Fischer in Kroatien mit „führenden Vertretern“ der glücklosen „serbischen Opposition“ - von CIA und BND angeheuertes Gelichter - zusammen. Über das Treffen verlautete nichts. Albright begab sich von dort nach Pristina und trat nach gemeinsamem Kreidefressen mit dem jetzt als Co-Verwaltungschef posierenden UCK-Terroristen Thaqi auf: Kosovo als Teileines „Groß-Albanien“ werde es nicht geben, sagte sie, während ausgerechnet Thaqi - Presseberichten zufolge - seine Landsleute zur „Gewaltfreiheit“ aufrief. Damit sollte die jetzt angelaufene Eskalation des verdeckten Krieges verschleiert und der BRJ („Milosevic“) a priori die Schuld für „künftige Ereignisse“ zugewiesen werden.

Nicht nur aus dem Verlauf des 2. Weltkrieges wissen wir, daß Offensiven im Frühjahr und im Sommer stattfinden. Für die NATO bleibt die Liquidierung des unabhängigen Jugoslawien ein „unvollendetes Werk“. Wohl nicht zufällig wird jetzt von Fischer u. a. die Forderung wieder lauter, Milosevic müsse weg, wenn man in Serbien weiterkommen wolle. Der gescheiterte Versuch, Jugoslawien international zu isolieren - was gerade der IV. SPS-Parteitag erneut anschaulich verdeutlichte -, der Bankrott der aus mindestens 16 „Parteien“ bestehenden 5. Kolonne des Imperialismus im Innern sowie die Erfolge Belgrads bei der Beseitigung der Kriegsschäden zwingen die NATO-Strategen zum Handeln. Der heimtückische Mord an BRJ-Verteidigungsminister Bulatovic und die als Auslöser für eine härtere antiserbische Gangart der KFOR-Truppen dienenden Zusammenstöße in Kosovska Mitrovica unterstreichen Milosevics Feststellung, daß der Krieg weitergeht.

Die UN-Mission, erklärte der Präsident auf dem IV. SPS-Parteitag, habe ihre Verpflichtungen im Kosovo gebrochen, den albanischen Terrorismus legalisiert und die Vertreibung der serbischen und nicht UCK-hörigen Bevölkerung ermöglicht. Sie solle deshalb ihre Tätigkeit schnellstmöglich einstellen. Der bisherige NATO-Oberkommandierende, General Clark, erklärte hingegen, die mit Belgrad vereinbarte Rückkehr eines Kontingents jugoslawischer Truppen in das Kosovo werde auf keinen Fall zugelassen. An der Grenze zu Mazedonien und der Demarkationslinie zum übrigen Serbien nehmen die bewaffneten UCK-Provokationen unterdessen zu. In Mitrovica prallen die Gegensätze derzeit am schärfsten aufeinander. Es ist nicht nur die Stadt mit der größten serbischen Restbevölkerung. Zu ihr gehört auch das Bergwerkskombinat Trepca - einer der ergiebigsten Minenkomplexe Europas

mit Blei, Zink, Cadmium, Silber und Gold. So sind die dortigen Serben auch eine organisierte Hauptkraft des Proletariats im Kosovo, die UCK- und NATO-Terror bisher erfolgreich Widerstand entgegensetzen konnte. Die Bergwerke gehören dem jugoslawischen Staat. Der relative Schutz, den Frankreichs für die Stadt zuständige KFOR-Truppen bisher der serbischen Bevölkerung gaben, mag in den Interessen früherer Besitzer - französischer Konzerne - an den Minen begründet sein. Unter dem Vorwand eines „ungeteilten Kosovo“ wollen nun offenbar USA-Verbände sowie britische und bundesdeutsche Einheiten im Zusammenwirken mit UCK-Terroristen die derzeitige Kräftekonstellation in Mitrovica ändern - und damit auch die Eigentumsverhältnisse. Schon schreitet eine UCK-„Gewerkschaft“, die Minen des Trepca-Kombinats gehörten „den Arbeitern“ - in diesem Fall ein Aufruf zur Zerschlagung von Staatseigentum.

Nach den albanischen Anschlägen der letzten Wochen und ihrer Abwehr sind die Serben in Mitrovica nun durch massivsten Einsatz neuer NATO-Truppen praktisch isoliert. Spezialkräfte, darunter solche mit Nordirland-Erfahrung, führen die von dort bekannten „Haus-zu-Haus-Razien“ durch. Selbst Kinderkliniken bleiben nicht verschont.

Vieles deutet darauf hin, daß der Angriff auf die serbische Bevölkerung und deren geplante Vertreibung sowie die bewaffneten UCK-Provokationen gegen jugoslawische Grenzpolizisten an der Demarkationslinie die ersten Gefechte der bevorstehenden Frühjahrsoffensive der Aggressoren sind. Wer je glaubte, die NATO wolle im Kosovo eine „multinationale Gesellschaft“ herstellen, muß jetzt erkennen, daß das eine platte Propagandalüge war. Es ging dem Imperialismus allein um die weitere Zerstückelung Jugoslawiens, um günstigere Ausgangspositionen bei seiner Strategie zur Niederrichtung Belgrads. Setzt die NATO ihren gegenwärtigen Kurs fort, so wird sie die gesamte Region weiter destabilisieren und sich in eine neue große Konfrontation mit der jugoslawischen Armee begeben.

„Die NATO-Aggression gegen Jugoslawien“, erklärte die Generalsekretärin der SPS, Gorica Gajevic, auf dem IV. Parteitag, stelle „einen Angriff auf die gesamte Menschheit dar“. Deshalb sei das Verlangen nach Abzug der „internationalen Mission“ aus der Provinz Kosovo eine unverzichtbare Forderung im Interesse des Weltfriedens.

Werner Hoppe

Bernau: Fünf linke Zeitungen an einem Tisch

Ein Strauß roter Nelken

Für den Abend des 28. Februar hatte die DKP Brandenburg zu einer Leserversammlung der Zeitungen „Unsere Zeit“, „junge Welt“, Die Rote Fahne“, „Der Rote Brandenburger“ und „RotFuchs“ eingeladen. Die zahlreich erschienenen Teilnehmer empfanden die Organisation einer solchen Zusammenkunft als wohltuend, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Zeitung der KPD mit dabei war. Sie dankten der DKP-Gruppe Bernau, die das Treffen ausgerichtet hatte, und begrüßten diese erfrischend neue Idee für die Gestaltung der Parteiarbeit.

Den Statements der Vertreter der fünf Zeitungen schloß sich eine äußerst lebhaft diskutierte Aussprache an, die thematisch durch einen Diskussionsbeitrag Karl-Eduard von Schnitzlers eingestimmt wurde. „Wird der bei der ‘jungen Welt’ eingeleitete Personenwechsel auch zu einem Kurswechsel der Zeitung führen? ... Der ‘RotFuchs’ ist keine Kleinzeitung, Leser und Redakteure sammeln sich um die Gruppe Nordost, weil sie dort prinzipientreue Marxisten-Leninisten und gute Journalisten finden ... Ich verlange die Anerkennung der Arbeit am ‘RotFuchs’ als Parteiarbeit“. Kled brachte seine Genugtuung über die Teilnahme auch der „Roten Fahne“ zum Ausdruck. „Die Gruppe Nordost wird kritisiert, weil sie sich angeblich der KPD annähert. Aber alle Linken sollten sich einander annähern.“ UZ und Parteivorstand müßten endlich nach Berlin umziehen.

Diese Positionen fanden in der Diskussion nahezu ungeteilte, lebhaft und engagierte Unterstützung. Andere Auffassungen wurden im Wesentlichen von dem Vertreter der UZ, Genossen Wolfgang Teuber, vertreten; leider gelang es ihm nicht, sich dem integrativen Grundtenor der Veranstaltung anzuschließen. Dr. Arno Schölzel als Vertreter der „jungen Welt“ war optimistisch: „Solange ich dort arbeite, wird an der Substanz der Zeitung nichts geändert.“

Viele Beiträge brachten die herzliche Verbundenheit der Leser mit dem „RotFuchs“ zum Ausdruck. Von der UZ wurde vor allem gefordert, die Befindlichkeiten früherer DDR-Bürger besser wahrzunehmen und stärker zu reflektieren. Die Zeitung sei in ihrer gegenwärtigen Verfaßtheit kaum dazu in der Lage, im Osten für die DKP mit Erfolg zu werben.

In den 15 Diskussionsreden wurden auch interessante Vorschläge unterbreitet: Die UZ möge sich ein Netz von Arbeiter- und Volkskorrespondenten schaffen, um sowohl ihre komplizierte personelle Situation zu verbessern als auch das unermeßliche Potential erfahrener Spezialisten, vor allem aus der DDR, nutzbar zu machen. Die Redakteure aller beteiligten Zeitungen sollten sich an einen Tisch setzen, um gemeinsame Vorgehensweisen herauszufinden. Es wäre gut, wenn die UZ alle vier Wochen eine Seite dem Nachdruck von Beiträgen aus dem „RotFuchs“ widmen würde.

Ein Genosse aus Strausberg zog das Resümee: „Es ist an der Zeit, die kommunistisch-sozialistischen Zeitungen zu einem Strauß roter Nelken zusammenzubinden.“ Die UZ solle sich in diesem Prozeß aktiv engagieren. **Annemarie Mühlefeldt**

Kommunisten aus zwei deutschen Staaten

Eine einmalige Chance

Hans Heinz Holz hat in dem folgenden Beitrag für den „RotFuchs“ die Gedanken des Referats, das er am 22. Februar 2000 vor der Gruppe Nordost gehalten hat, zusammengefaßt.

„In der Bundesrepublik Deutschland können die Kommunisten heute aus den Erfahrungen zweier gesellschaftlicher Systeme lernen. 40 Jahre hat es auf deutschem Boden einen sozialistischen Staat gegeben, der eine Alternative zum kapitalistischen System der BRD darstellte. Die von Kommunisten in beiden Staaten gewonnenen unterschiedlichen Erkenntnisse kritisch und konstruktiv zu nutzen und für die Entwicklung einer historischen Perspektive zusammenzuführen, ist für die DKP eine einmalige Chance, aber auch eine nicht einfache Aufgabe“. So heißt es in dem Antragsentwurf des Parteivorstandes an den 15. Parteitag der DKP, der in den kommenden Monaten in den Grundorganisationen, Kreisen und Bezirken diskutiert werden wird.

In der Tat ist die DKP in einer besonderen und besonders verpflichtenden Lage. Deutsche Kommunisten haben seit 1945 auf der Grenze gelebt und gewirkt, an der die beiden großen antagonistischen Gesellschaftssysteme des 20. Jahrhunderts, der Sozialismus und der Kapitalismus, in einer Kultur- und Sprachgemeinschaft aufeinanderstießen, ihren Widerstreit austrugen und Koexistenz erproben mußten. 40 Jahre Aufbau des Sozialismus in der DDR, unter ständiger Bedrohung und Intervention vom Westen, 40 Jahre stufenweise Entfaltung einer neuen Lebensweise, orientiert an den Traditionen der Aufklärung und des Humanismus, bilden den Erfahrungsgehalt der Menschen aus der DDR. Kommunisten waren ihr aktivster Teil, die Weltanschauung des wissenschaftlichen Sozialismus war die Grundlage ihres Weltverständnisses und Handelns. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hatte die Arbeiterklasse die Macht des Kapitals gebrochen, hatte die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt, effizient landwirtschaftliche Genossenschaften errichtet, eine konsequente Friedenspolitik betrieben und Solidarität mit den Völkern der Entwicklungsländer geübt. Die Grundzüge einer neuen Gesellschaft wurden erkennbar, mit wievielen Schwächen der schwierige Neubeginn auch verbunden war.

Anders in der BRD. 40 Jahre Kampf gegen die Eingliederung Westdeutschlands in den NATO-Imperialismus, gegen den Wiederaufbau der politischen Macht des Kapitals, gegen Rüstung und Demokratieabbau, für Frieden und Arbeiterrechte. 12 Jahre Parteiverbot mit allen Folgen der Illegalität, die auch nach der Gründung der DKP 1968 nur zu einer Art Halblegalität wurde. Gefängnisstrafen und Berufsverbote für aktive Kommunisten, verdrängt aus den Medien, die das öffentliche Bewußtsein prägen. Ein

Widerstandspotential aus der Position einer kleinen Minderheit, stets genötigt, sich in einen breiten Strom innerkapitalistischer Opposition einzubetten, auf deren Bewußtseinslage einzugehen und doch in der kapitalistischen Lebensweise des Alltags für sich selbst die Orientierung auf eine sozialistische Einstellung zu bewahren. DDR und Sowjetunion, von der bürgerlichen Ideologie verteuelt, waren die Lichtpunkte, auf die man im eigenen Dunkel blickte und zu denen man trotz Ausgrenzung und Verfolgung unter allen Umständen stand. Ich will jetzt nicht weiter auf die psychischen Belastungen eingehen, die die Eroberung der DDR durch den westdeutschen Kapitalismus für die Kommunisten in beiden deutschen Staaten auf jeweils andere Weise zur Folge hatte; doch muß man sich darüber im klaren sein, daß dieser unterschiedliche Schock bis heute psycho-politische Nachwirkungen hat: Die Zertrümmerung ihrer Lebensform für die DDR-Bürger im Osten und für die Kommunisten im Westen die ungeheure Enttäuschung, daß der Kommunismus kampflos zusammenbrach und die Partei zerfiel. In unserer Bewußtseinslage sind wir noch lange nicht eine Gesellschaft, 40 Jahre verschiedene Systementwicklung haben ihre Spuren hinterlassen.

1989/90 stellte eine fast tödliche Krise für den Kommunismus in Europa dar. Große, im Widerstand gegen den Faschismus kampfprobierte Parteien zerbrachen oder gingen auf sozialdemokratischen Kurs der Anpassung an den Kapitalismus. Die DKP, wenn auch geschwächt, hat ihren organisatorischen Kern und ihr Selbstverständnis als marxistisch-leninistische Partei erhalten. Das neue Parteistatut und die Thesen zur Programmatischen Orientierung, 1993 auf dem Mannheimer Parteitag beschlossen, sind die Dokumente, in deren Rahmen sich die Parteiarbeit entfaltet. Der politische Ort, an dem sich die Kräfte für eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft sammeln können, besteht weiter. Die DKP bietet eine Zukunftsperspektive.

Es versteht sich eigentlich von selbst, daß Kommunisten sich nur in der kommunistischen Partei organisieren können. Der Wille, am Ziel der revolutionären Veränderung der Gesellschaft festzuhalten und sich nicht vom bestehenden System in bloßen Reformen aufsaugen zu lassen, erfordert eine Organisation, die die Dialektik von Reform und Revolution theoretisch begreift und praktisch bewältigt. Die Besonderheit der deutschen Nachkriegsgeschichte, im geteilten Land beiden Gesellschaftssystemen angehört zu haben, hat zu der abnormen Situation geführt, daß Kommunisten in der Nachfolge der SED weiterhin in der nichtkommunistischen, zu den programmatischen Zielen der DKP auf Distanz gehenden PDS organisiert sind.

Aufgrund ihrer relativen Stärke im Osten kann die PDS als Vertreterin der vom Kapitalismus

der Eroberer niedergewalzten Rechte und Interessen breiter Bevölkerungsschichten auftreten und also objektiv Klassenpositionen verteidigen, obwohl sie ausdrücklich eine Klassenorientierung und den Klassenkampf ablehnt. Tatsächlich nützt die politische Linie, die die PDS-Führung eingeschlagen hat, der Festigung des kapitalistischen Systems im ganzen trotz Opposition im einzelnen. Da auf absehbare Zeit nicht mit revolutionären Veränderungen des Systems, also nicht mit einer Umwälzung der Eigentumsverhältnisse, zu rechnen ist, tritt das reformerische Moment des revolutionären Kampfes in den Vordergrund. Und die Existenz einer reformistischen Partei mit einem bedeutenden traditionell kommunistischen Mitgliederanteil muß unter diesen Umständen zur Verwirrung des politischen Bewußtseins beitragen und damit Unsicherheiten über die langfristigen strategischen Perspektiven kommunistischer Politik und ihre taktische Umsetzung im gegenwärtigen Zeitpunkt erzeugen.

Kommunisten aus der DDR, die sich von der PDS-Linie gelöst haben, sehen diese Gefahren naturgemäß in grellerem Licht als westdeutsche Genossen, für die seit 50 Jahren immer die reformerische Seite ihres revolutionären Kampfes im Rahmen des Kapitalismus überwog. Daraus ergeben sich unterschiedliche Einschätzungen konkreter Probleme und auch Empfindlichkeiten, die sich an mißverständlichen oder falschen Formulierungen schmerzhaft steigern. Marx, Engels und Lenin haben uns in ihren Schriften immer wieder vorgeführt, wie wichtig es ist, auf der Genauigkeit der Begriffe zu bestehen. An dieses Vorbild müssen wir uns halten, wenn wir das wissenschaftliche Niveau unserer Politik nicht verlieren wollen. Das bedeutet aber nicht, daß verschiedene Einschätzungen und Gewichtungen aus der Diskussion ausgeschlossen sind. Die neue Phase des Imperialismus ist noch so wenig erforscht und so in Fluß, daß theoretische Kontroversen nicht nur unvermeidlich, sondern auch unerlässlich sind, um die Analyse allseitig voranzutreiben. Kontroverse Diskussionen machen die theoretische Stärke einer wissenschaftlich betriebenen Politik aus. Dazu gehört auch das Recht auf Irrtum ebenso wie die Pflicht zu Kritik und Selbstkritik. Voraussetzung ist aber das gegenseitige Vertrauen, Achtung voreinander in der Sache und im Ton, genossenschaftliche Solidarität und organisatorische Disziplin. Wir fürchten mit Recht, daß ein falsches Argument eines Freundes dem Gegner hilft, aber wir dürfen darüber nicht vergessen, daß es zuerst der Gegner ist, den wir zu fürchten und zu bekämpfen haben. Wenn theoretische Präzision und Konsequenz sich mit den Erfahrungen des Klassenkampfes im Kapitalismus und denen des Aufbaus des Sozialismus verbinden, kann daraus eine handlungsstarke und attraktive DKP erwachsen.

Hans Heinz Holz

Aus dem Leben unserer Gruppe

Prof. Dr. Hans Heinz Holz bei Nordost

In der Gruppenversammlung am 22. Februar hatten wir Besuch von Prof. Dr. Hans Heinz Holz, der am selben Tag auch noch eine andere Verpflichtung in Berlin wahrnahm. Er ist Autor der Bücher „Niederlage und Zukunft des Sozialismus“, mit dem er bereits 1991 marxistisch-leninistische Positionen vehement und geistreich verteidigte, und „Kommunisten heute“, das 1995 das Leninsche Parteiverständnis hochhielt. Das neueste Buch des bekannten Philosophen „Sozialismus statt Barbarei“ ist gerade im Neue Impulse Verlag herausgekommen.

Auch für diejenigen unter uns, die Genossen Holz noch nicht bei früheren Vorträgen gehört hatten, war er also kein Unbekannter mehr. Der in der Schweiz lebende frühere Hochschullehrer an den Universitäten Marburg und Groningen (Niederlande) stellte sich als Mitglied der Programmkommission der DKP vor, die einen vom PV beschlossenen Antrag an den 15. Parteitag über das Selbstverständnis der Kommunisten und ihre Positionen heute erarbeitet hat. (s. UZ vom 25.2.2000) Seine Ausführungen wollte er als Kontext zu einem Absatz dieses Antrags verstanden wissen, in dem auf die geschichtliche Einmaligkeit der Situation verwiesen wird: Es bestehe die nie dagewesene Chance, auf deutschem Boden eine kommunistische Partei zu formieren, in die sowohl die Erfahrungen des Aufbaus des Sozialismus in der DDR als auch jene aus dem antikapitalistischen Kampf in Westdeutschland einfließen könnten. Hans Heinz Holz verglich den Vorgang mit dem Zusammenfluß von Main und Rhein, die auf der ganzen Strecke von Mainz bis Bingen zwar schon im gleichen Bett fließen, wobei an der unterschiedlichen Färbung des Wassers aber noch deutlich zu sehen sei, wie langsam die Vermischung vor sich gehe. So dürfe es nicht wunder nehmen, daß es in bestimmten Fragen Verständigungsschwierigkeiten gebe. Das sollte jedoch nicht zu Konflikten führen. Es sei eine große organisatorische Leistung, daß eine im ganzen intakte kommunistische Partei erhalten werden konnte. In all den Jahren vor der Niederlage des Sozialismus habe die DKP trotz des Ansturms der sogenannten Neuerer um Gehrcke u. a. der Aushöhlung des kommunistischen Bewußtseins widerstanden und sich nicht auf den Weg des Eurokommunismus drängen lassen. Der Zusammenbruch und das Zerbröseln der großen KPdSU und der großen SED im Jahre 1989 und danach hätten unter den westdeutschen Kommunisten schwere Enttäuschung hervorgerufen, die „an die Substanz unseres organisatorischen Selbstverständnisses ging“. Parallel dazu sei „ein Entfremdungsprozeß gegenüber den DDR-Genossen verlaufen; daher ist es nicht selbstverständlich, daß wir

problemlos zusammenwachsen.“ Hinzugekommen sei, daß viele DKP-Mitglieder gedanklich von der PDS die Übernahme einer positiven Führungsrolle erwartet hätten, was wiederum über Jahre hinweg zusätzliche Enttäuschungen bewirkt habe. All diese Momente wären Ursache einer bestimmten Zurückhaltung gegenüber den Kommunisten aus der DDR, zumal deren Zustrom zur DKP unerwartet gering geblieben sei. Andererseits sei das theoretische Niveau der ostdeutschen Kommunisten ungleich höher als im Westen, so daß den früheren SED-Genossen „ein griffigeres Instrumentarium für die Bewertung von Zeitprozessen“ zur Verfügung gestanden habe. Ihn rege es auf, wie sorglos und schlampig manchmal in der DKP mit politischen Begriffen umgegangen werde. Es führe zum Zerfall des politischen Bewußtseins, wenn das Begriffsinstrumentarium nicht bewahrt und angewandt werde, wenn man z. B. Wörter wie „Globalismus“ oder „Neoliberalismus“ benutze, statt vom „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ zu sprechen. „Zur kampffähigen und aktionsfähigen Partei werden wir nur, wenn wir die ganzen kleinen Erfahrungen des Klassenkampfes und des Gewerkschaftskampfes verknüpfen mit der Stärke und Schärfe des theoretischen Bewußtseins, mit den Erfahrungen und Traditionen aus der DDR“. Das Kapital habe die intellektuelle Hegemonie in seinem Herrschaftsbereich dazu benutzt, die theoretischen Analysemöglichkeiten zum Begreifen der Welt zu zerstören. Damit einhergegangen sei die vor allem von den Medien gesteuerte Blockierung der Fähigkeit zum zusammenhängenden Denken. Man müsse es als große Leistung der DDR-Wissenschaft betrachten, daß genau diese Fähigkeit „bis in die letzte Klasse der letzten Grundschule“ kultiviert worden sei. Man könne eben die Fortschrittlichkeit des Sozialismus als System nur begreifen, wenn man im Gesamtzusammenhang denke.

„Was wir miteinander verbinden müssen, sind die Erfahrungen im Umgang mit dem menschenfeindlichen kapitalistischen System und seinen Strukturen auf der einen und die Erfahrungen aus der Wirklichkeit des Sozialismus auf der anderen Seite – auch, wenn ein neuer Anlauf in Einzelfragen sicher anders aussehen wird.“

An der lebhaften Diskussion beteiligten sich 10 Genossinnen und Genossen. Wiederholt wurde die Frage nach dem theoretischen Niveau und der theoretischen Arbeit aufgeworfen. Die im Referat hervorgehobene wissenschaftliche Leistung der SED widerspiegeln sich nicht im „Sozialismus-Papier“ der DKP. Auch die Aversion gegen den „RotFuchs“ und die Distanz gegenüber der „offensiv“-Konferenz zum 50. Jahrestag der DDR seien unverständlich (Walter Florath). Seit den ersten Schritten

ostdeutscher Genossen in Richtung DKP sei ein längerer Zeitraum verstrichen, in dem die theoretische Auseinandersetzung nicht mit dem notwendigen Schrittmaß vorangebracht worden sei. Dieser Trend müsse geändert werden (Günther Szalkiewicz).

Ein anderer Diskussionschwerpunkt bezog sich auf die im Referat erläuterten Ost-West-Vorbehalte und deren Reflexion in Auseinandersetzungen. „Seit Gysis Parteiputsch Ende 1989 sind wir äußerst empfindlich gegenüber revisionistischen Konzepten.“ Das bestimme auch die Schärfe der Auseinandersetzung (Ulrich Huar). Die Meinungsverschiedenheiten z.B. über eine Reihe von Aussagen des PV-Beschlusses „Zu den 50. Jahrestagen der Gründung der BRD und der DDR“ seien kein Ost-West-Problem, sondern ein ideologischer Konflikt zwischen marxistisch-leninistischen und unmarxistischen Positionen (Klaus Steinger). Helmut Dunkhase schloß sich dem an und betonte (unter Bezugnahme auf einen Beitrag von Gerhard Naumann), daß es dennoch unterschiedliche Wahrnehmungsweisen Ost-West für gleiche Erscheinungen oder Prozesse geben könne.

Mehrere Beiträge beschäftigten sich mit der gegenseitigen Akzeptanz voneinander abweichender Erfahrungswerte. Bruni Steinger machte darauf aufmerksam, daß der Hinweis auf den vorrangigen Stellenwert psychologischer Befindlichkeiten dazu führen könne, den politisch-ideologischen Gehalt der Auseinandersetzung zu vernachlässigen. „Es gibt westdeutsche DKP-Genossen, die immer noch nicht begreifen, daß wir 1989/90 eine gemeinsame Niederlage erlitten haben, und die so tun, als müßten wir DDR-Kommunisten im Büberhemd vor ihren Richterstuhl treten“ (Brigitte Müller). Manche unter ihnen wüßten begrifflicherweise wenig davon, was in der DDR tatsächlich abgelaufen sei. Der Ursprung für manche Mißtöne in der gegenwärtigen Diskussion liege nicht bei uns, sondern in Essen, „wobei ich nicht die Stadt meine“ (Karl-Eduard von Schnitzler). Marta Rafael mahnte einen prinzipiellen, aber kulturreichen Dialog an.

In seinen Schlußbemerkungen forderte Hans Heinz Holz, zu bedenken, daß die DKP nicht homogen sei. „Eine handlungsfähige Partei wird nur entstehen, wenn wir – ohne wechselseitige Vorwürfe – miteinander reden.“ Und – mit Blick auf die neuen Dokumente, die der 15. Parteitag Anfang Juni in Duisburg beschließen soll: „Nehmt teil an der Parteidiskussion!“

Die etwa 60 anwesenden Mitglieder und Sympathisanten der DKP werteten den Besuch des prominenten Gastes als wertvolle Bereicherung der Arbeit der Parteigruppe.

Frank Mühlefeldt

Was es mit dem „IC 72“ und der WestLB auf sich hat

Da ist noch allerlei im Nähkästchen

Der Täter Schäuble wird zum „Opfer“; der Lügner „verdient Respekt wegen seiner Entscheidung“. Und Gregor Gysi meint, die „Union“ habe „jetzt die Chance, aus der Kategorie und dem Denken des Kalten Krieges herauszukommen“.

Schäuble hat nichts „entschieden“. Er wurde aus den Ämtern gejagt. Die Selbstentlarvung der „parlamentarischen Demokratie“ ist noch längst nicht zu Ende, und schon zieht der nächste Skandal herauf. Aber vor den neuen (alten) Fakten ein paar Fragen. Wie verhält sich eigentlich die Anmaßung „große Volkspartei“ mit sechsstelligen Summen in Aktenkoffern? Wie mit vollmundigem Anlägen der Parlamente und der Öffentlichkeit? Zu Schäubles „großen Leistungen“ gehört vor allem auch seine aktive Mittäterschaft am sogenannten Einigungsvertrag: Wieviel hat er seinem damaligen „Verhandlungspartner“ Krause zugesteckt – vorher, unterm Tisch, überm Tisch? War's in einem Umschlag oder in einem Köfferchen? Hat Stoibers bayerische christsoziale CSU ihren Amigo-Skandal schon verdrängt? Seit wann ist sie plötzlich ehrlich geworden? Und wie war das mit den „ersten freien Wahlen in der DDR“?

Kohl hat aus der alten BRD Gelder der dortigen CDU in die noch souveräne DDR verschoben, um „der schwachen Ost-CDU bei den Wahlen zu helfen“ (O-Ton Kohl). Krause hat „Westgeld bekommen“ (O-Ton CDU-Enthüllungen). Und die gesamte Bonner Prominenz – von Kohl, Teltschik und Schäuble über SPD-Führer bis zu den FDP-Minderheitskraftprotezen – fiel über die Staatsgrenze in das Territorium des UNO-Mitglieds DDR ein und betrieb einen aufwendigen „Wahlkampf“ – mit den bekannten leeren Versprechungen ...

Nun wird eine neue Seite im Bonner Skandal-Kompendium aufgeschlagen. Man könnte sich die Überschrift vorstellen: „Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“ (Brecht) Die Bank heißt WestLB, das Land heißt Nordrhein-Westfalen, die Regierungschefs hießen Rau und Clement (z. Z. ist er's noch). Der Pate heißt Friedel Neuber und ist Direktor eben dieses Geldinstituts.

Aus den vielschichtigen Umtrieben des WestLB-Klüngels sei einer seiner Strafsakte herausgegriffen. Im „SPIEGEL“ heißt es dazu: „Auf dunklen Finanzwegen organisierten die Genossen von der WestLB Teile des SPD-Wahlkampfes in Brandenburg.“ Lassen wir mal die unverhohlene und völkerrechtswidrige Einmischung in Angelegenheiten eines anderen Staates beiseite: Wer Regierungsarbeit aus Quellen finanziert, die das Parlament nicht kennt und nicht kontrolliert, mißachtet die Budgethoheit der Volksvertretung, das angeblich „höchste Gut der parlamentarischen Demokratie“. (Hatten wir

ja gerade bei Kohl, Kanther, Schäuble, Koch und all den anderen, die von allem nichts gewußt haben)

Der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und heutige Bundespräsident Johannes Rau eröffnete im Januar 1990 in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik ein Bankbüro der Düsseldorfer WestLB. Diese „Filiale“ vertrat nebenher die Interessen des Landes NRW. Es ging um Einfluß im künftigen „Beitrittsgebiet“ und um Hilfe für die im Aufbau befindliche Ost-SPD. Beides sicherzustellen, wäre wohl für die „Ständige Vertretung“ der Bundesrepublik Deutschland in der Deutschen Demokratischen Republik schlecht möglich gewesen. (Außerdem hatten die Herren Bölling, Gaus, Bräutigam und deren Nachfolger mit ihren Kontakten zu den Biermanns, Bohleys, Templins und den Schützlingen der Evangelischen Kirchenführung genug zu tun.) So lief die „Einflußnahme“ eben über die Düsseldorfer Großbank, deren Angestellte von der NRW-Landesregierung bezahlt wurden. Im internen Kreis hieß das Bankoffice „Büro Stolpe“. Dieses „Verbindungsbüro“ und die Düsseldorfer Staatskanzlei mischten sich auf Geheiß des Ministerpräsidenten Rau und des Kanzleichefs Clement durch Beihilfe für Stolpe direkt in den Wahlkampf eines anderen Staates ein. (Hatten wir auch gerade: SPD, CDU/CSU und FDP finanzierten in den 70er Jahren mit BND-Geldern portugiesische und spanische Parteien.)

Noch eine Kleinigkeit, aber aufschlußreich: In Düsseldorf kursiert das Kürzel „IC 72“. Nein, diesmal kein entgleisender Zug der Deutschen Bahn AG, sondern Abkürzung von „Investment Club 1972“. Gegründet vom damaligen Sparkassenpräsidenten und heutigen WestLB-Vorsitzenden Friedel Neuber, zählt der „IC 72“ von Beginn an etliche Prominente unter seinen Mitgliedern: den damals jungen Wirtschaftsminister Rau, den Fernsehboß Friedrich Nowotny, Preussag-Chef Frenzel und ... Wolfgang Clement. Der „IC 72“ sei ein „stinknormaler Sparclub“, wurde beteuert. (In Berlin hatte Ende der 20er Jahre ein „Sparclub Immertreu“ einen kriminellen Ruf.) Rund 30 Mitglieder des „IC 72“ zahlen – außer 50 000 Mark Einstand – monatlich je 400 DM, und das Vermögen wird inzwischen auf rund 3 Millionen geschätzt. Peanuts, mag

man in jenen Kreisen sagen, aber immerhin: Friedel Neuber legt das Geld renditefördernd an. Das ist jedoch nicht die Hauptsache bei dieser Anspargesellschaft (von deren Art es, wie aus Fachkreisen verlautet, tausende gibt). Man trifft sich mal in der Einsamkeit von Schloß Krickenberg, mal in Neubers Düsseldorfer Bankpalast, mal in der Staatskanzlei. Worum es in diesem erlauchten Kreis geht? Natürlich um die Vermehrung von Geld und Einfluß. Wichtige Fragen dabei: Wer wird was in NRW? Und wo gibt es Entwicklungen und Veränderungen, in die man einsteigen könnte? Die Hamburger „Woche“ spricht bereits von „Neubers Amigo-System“. Konrad Adenauer definierte den mafiosen Umgang so: „Mer kenne uns, mer helfe uns“. Was die WestLB betrifft: Sie hat, wie sich inzwischen herausstellte, gleichbeide „Volksparteien“ – SPD wie CDU – geschmiert. Also nichts da von einer bloßen Kohl-Krise oder einem Desaster nur der CDU. Es ist die Krise des kapitalistischen Systems. Deswegen „Ehrenworte“, Beschwichtigungen, Notlügen, Ablenkungsversuche, Ehrenerklärungen für jeden, der eine Leiche im Keller hat. Deshalb die panische Angst der „Elite“, deren Spitzen und Marktschreier sich vor zehn Jahren nicht genug darin überschlagen konnten, uns Ostdeutschen Lehrstunden in Moral und Ethik zu halten und die ehrliche DDR und deren Hoheitsträger ehrabschneiderisch in Verruf zu bringen.

Karl-Eduard von Schnitzler



PDS-Genossen zu Gysis Interview mit der „Berliner Zeitung“

Über das Abstoßen von „Fremdkörpern“

„... Auch in meiner Partei neigen einige dazu, sich als Fremdkörper zu kultivieren. Ein Fremdkörper wird bekanntlich isoliert und abgestoßen“ - so Gysi in dem Interview, das die „Berliner Zeitung“ am 8. Februar veröffentlichte. Es komme darauf an, „einen deutlichen Trennstrich zur dogmatischen Linken zu ziehen.“ Inzwischen hat er in seinem Brief an die Delegierten des Bundesparteitages (ND 9.3.2000) ausdrücklich erklärt, daß es sich bei den „dogmatischen Linken“ vor allem um die Kommunistische Plattform handelt. Dennoch sei er dafür, „so viel PDS-Mitglieder wie möglich bei jeder programmatischen Erneuerung mitzunehmen.“

Das ist des Pudels Kern! Darum also geht es den Befürwortern eines neuen PDS-Programms: Entweder du marschierst mit Gysi weiter nach rechts in Richtung Sozialdemokratismus, oder du bist ein Dogmatiker, der nicht in die PDS gehört. Unter Dogmatismus versteht man ein starres Festhalten an einem Dogma, und ein Dogma ist ein unbewiesener Glaubenssatz (z. B. der kirchlichen Lehre). Es erhebt sich die Frage, welche Auffassungen, denen „einige“ in der PDS noch anhängen, in Gysis Augen unbewiesene Glaubenssätze sind. Er hilft uns, das zu beantworten, indem er zwei Aspekte nennt, in denen er nicht mit Marx übereinstimme - die Eigentums- und die Machtfrage. Sicher müßten sich auch nach seiner Meinung die Verhältnisse in der BRD „entwickeln“, aber doch nicht durch die Abschaffung des kapitalistischen Eigentums! „Wenn es gelingt, den sozialistischen Gedanken des Artikels 14 des Grundgesetzes, wonach Eigentum verpflichtet, umzusetzen“ (Hervorhebung E. H.), dann geht die Sache für ihn in Ordnung, entnehmen wir Gysis Interview, das er am 26. 12. 1999 dem „Tagesspiegel“ gewährte. Und: „Allein die Verstaatlichung von Produktionsmitteln bringt zwingend keinen gesellschaftlichen Fortschritt“.

Art. 14 des GG hat das deutsche Monopolkapital nicht daran gehindert, bei allen Raubzügen - vor allem in der Dritten Welt - wieder ganz vorn mit dabei zu sein. Andererseits aber haben die Existenz und das Wirken des sozialistischen deutschen Staates mit seinem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln vier Jahrzehnte lang Frieden in Europa mit garantiert. Und trotz unvermeidlicher und vermeidbarer Fehler hat dieser Staat seinen Bürgern Arbeit, Brot und soziale Errungenschaften gebracht, die die Menschen in der BRD heute vermissen.

Ja, aber war denn die DDR keine Diktatur, ermangelte sie nicht der Demokratie, fragt Gysi sicher an dieser Stelle. Gewiß - das

macht bekanntlich einen Staat aus, daß er eine Diktatur, eine Herrschaft verwirklicht; die Frage ist doch nur: wessen Herrschaft? Die BRD erweist sich in jeder Beziehung als Diktatur der Großbanken und Konzerne. Sie gestattet immer nur soviel „demokratisches“ Dekor, wie das für diese Diktatur günstig erscheint. In der DDR mag es Versäumnisse bei der Verwirklichung der individuellen Bürgerrechte gegeben haben; sozialistische Demokratie zu verwirklichen, gelang in unterschiedlicher Qualität, aber: die Diktatur des Monopolkapitals war zerschlagen, und ohne diese Diktatur in der BRD zu brechen, wird es auch bei partiellen Zugeständnissen niemals eine wahre Herrschaft des Volkes in Deutschland geben.

Was das sozialistische Neuland DDR betrifft, so darf weder hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse noch im Hinblick auf die Entfaltung der Demokratie vergessen werden: Die gesellschaftliche Entwicklung kann sich nicht auf Experimente stützen, die man im Reagenzglas vorbereitet, um die Wirkung bestimmter Faktoren oder Maßnahmen zu erproben; es gibt auch keine 0-Serie wie vor der Massenproduktion. Mit jeder Veränderung (oder ihrem Ausbleiben) sind die Interessen und damit das Handeln und Verhalten großer Menschengruppen verbunden. Deren Aktionen und Reaktionen in den bisherigen sozialistischen Gesellschaften waren aber keineswegs nur durch innere Einflußfaktoren bestimmt; eine bedeutende Rolle für die DDR spielte neben der Einwirkung von Entwicklungen in anderen sozialistischen Ländern, besonders der Sowjetunion, immer auch die Tätigkeit der Feinde des Sozialismus, insbesondere die Existenz eines mächtigen imperialistischen deutschen Staates. Selbstredend verursachte das in der DDR auch Erdbeben, die keineswegs für den Sozialismus typisch sind.

Wer die Notwendigkeit der Vergesellschaftung des Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln und den Zwang zur Brechung der Diktatur des Monopolkapitals erkennt, soll ein Dogmatiker sein? Bei diesen Postulaten handelt es sich wahrlich nicht um unbewiesene Glaubenssätze, nicht um Dogmen, sondern um Prinzipien, um wissenschaftlich bewiesene und durch die Praxis im Positiven wie im Negativen bestätigte Grundsätze! Es ist nicht Dogmatismus, sondern Prinzipienfestigkeit, die uns, die „Fremdkörper in der PDS“, daran hindert, Gysi und seinesgleichen zu folgen.

Ernst Heinz

**PDS-Basisorganisation 24,
Berlin Prenzlauer Berg**

*Wer desavouiert eigentlich die
sozialistischen Ideale?*

Über altes Denken

Gregor Gysi will - wie er am 8. Februar der „Berliner Zeitung“ mitteilte - „einen Reformdruck für eine Mitte-Links-Option. Zu seinem Entstehen muß die PDS ihren Beitrag leisten.“ Selbst wenn klar wäre, wie diese Option in der politischen Praxis aussehen soll, bleibt die Frage, wer denn die Partner dabei sein könnten. Etwa die Kriegsparteien SPD und Grüne? Oder die vom Betrug lebende CDU/CSU? „Es geht nicht um Koalitionsfähigkeit“, meint Gysi. Soll dann etwa die PDS bis zu den Wahlen 2002 selbst so stark sein, daß sie den „koalitionsfähigen“ Parteien ihr „Linksschwenkmarsch“ eingeben kann?

In einer Hauptversammlung der PDS Marzahn in Hellersdorf hat Gysi kürzlich auf die Frage, ob die PDS bei Befürwortung von Kriegseinsätzen im Koalitionsfall nicht Gefahr läuft, selbst zur Kriegspartei zu werden, geantwortet, mit Parteien, die Krieg führten, komme eine Koalition nicht infrage.

Da kaum damit zu rechnen ist, daß sich die anderen Parteien in zwei Jahren so grundlegend ändern, bleibt nur die PDS als alleinige Regierungspartei übrig. Ach nein, die CDU hat ja diesmal keinen Krieg geführt! Und wegen der paar Waffengeschäfte, von denen sie profitierte ... wer wird denn da so pingelig sein. Viel wichtiger ist, die CDU/CSU als Säule der „Demokratie“ zu retten und die Spendenaffäre als Fehlverhalten einzelner Personen, nicht aber als systemimmanent zu betrachten.

Nein, für „Säuberungen oder Parteiausschlüsse“ ist Gregor Gysi nicht zu haben. „Entscheidend ist, wie in jeder Partei, was sich durchsetzt.“ In welcher Richtung, mit welchen Zielen und Mitteln ist ja nicht so wichtig. Über sozialistische Inhalte wird nicht einmal im „Entwurf“ der Programmkommmissionsmehrheit (dem vorweggenommenen neuen Parteiprogramm) etwas gesagt. Aber: „Es darf keine programmatischen Formelkompromisse mehr geben.“ Und: „Wenn es ... (auch nur) ... einzelne dogmatische Linke in der PDS gibt ...“, müsse endlich mal ein Machtwort gesprochen werden, damit „sie spüren, daß das Programm gegen sie steht.“

Nur das Programm, Genosse Gysi, oder die ganze Politik der Parteiführung?

Nun ja, von Macht spricht er nicht so gern, die Bevölkerung könnte erkennen, daß hierzulande systembedingt jede Regierung solche im Auftrag der Monopole und Banken ausüben muß, sonst wird sie gar nicht erst installiert; auch jede Partei, sonst darf sie gar nicht koalieren und bekommt nur die Staatsmacht zu spüren wie beispielsweise am 9. Januar 2000. „Für die PDS ist Demokratie kein Mittel zum Zweck.“ Aber für die Mächtigen ein hervorragendes, ihre Macht zu sichern, jedenfalls mit der Demokratie, die sie meinen.

Die PDS „will nur solche und solange Veränderungen in der Gesellschaft umsetzen, für die sie und solange sie dafür eine Mehrheit gewinnt.“ Er will „in einer Gesellschaft akzeptiert werden“, um „... etwas verändern zu können.“ Von welcher der zwei Gesellschaften, der mit den Aktien oder der mit der Bevölkerung?

Die PDS-Führung setzt neue Akzente bei der „Entlarvung“ derjenigen, die schon mal in der

Praxis eine Alternative zum Kapitalismus probiert haben. Sie hält es für angebracht, den mit dieser Alternative in Verbindung stehenden „dogmatischen Linken“ eine „Desavouierung sozialistischer Ideale“ zu unterstellen. Damit macht man sich beliebt, wird eher „akzeptiert“ und kann nach Briescher Art ein Gleichnis zwischen den „dogmatischen Linken“ und den Rechten herstellen. Gregor Gysi setzt die einen mit den anderen gleich, wenn er im Antwortbrief zur Kriegsfrage an Ulla Jelpke bemerkt: „...daß neben den Rechten die dogmatische Linke den größten Anteil daran hat, daß der Sozialismus im Bewußtsein so vieler stark diskreditiert ist.“ Aber „den Rechten“ gewährt er Platz in dieser „Demokratie“. Wörtlich steht im Interview mit der „Berliner Zeitung“: „Selbst wenn die PDS regieren würde, müßten selbstverständlich auch die Konservativen und die Liberalen und alle anderen (Hervorhebung vom Autor) ihren Platz in der Gesellschaft haben ...“ Also auch die Neofaschisten! Wer desavouiert denn nun die sozialistischen Ideale?

In ihrer Erklärung zum Urteil des BGH gegen Egon Krenz (JW 9. November 1999, S. 6) sagten Gregor Gysi und Lothar Bisky: „Es bedient aber nicht nur altes Denken im Westen, sondern auch im Osten. Diejenigen im Osten, die schon immer meinten, daß es dem Westen vornehmlich darum ging, die Führung der DDR hinter Gitter zu bringen, um die DDR zu delegitimieren, fühlen sich bestätigt. Sie werden dadurch bestärkt, in den Kategorien des Kalten Krieges weiter zu denken.“ Als ob es Kinkel's üble Äußerung auf dem Juristentag nie gegeben hätte! „Altes Denken“ pflegen demnach die Machthaber im Westen wie die ehemaligen im Osten und alle, die die DDR als ihren Staat betrachteten. Das ist Gleichsetzungsideologie schlimmster Art, genauso wie der Satz der Erklärung: „... die Ausrufung der Republik durch Scheidemann und Liebknecht im Jahre 1918 ...“

Man achte auf Gysis und Biskys Diktion: Das Urteil gegen Egon Krenz sei eine „juristische Fehlkonstruktion“, weil es das Rückwirkungsverbot im Strafrecht aufhebe. In der Optik der beiden PDS-Führer hat sich der Verurteilte demnach strafbarer Handlungen schuldig gemacht, nur dürften diese jetzt nicht mehr geahndet werden.

Jüngste Beschlüsse der Fraktion und des Bundesvorstandes sowie Gysis Interview mit der „Berliner Zeitung“ machen abermals deutlich, daß führende Kräfte der PDS die Partei von den noch-sozialistischen Positionen des 93er Programms wegdirigieren und „einen deutlichen Trennstrich ziehen ...“ wollen, um bis 2002 ihre „Koalitionsfähigkeit“ im o.g. Sinne herzustellen. So hat es bei den Grünen und der SPD auch mal angefangen. Ergebnis: Sie wurden Kriegsparteien!

Gregor Gysi hat zwar nicht gesagt, was „dogmatische Linke“ sind, nur, wie sie sich angeblich verhalten. Aber es sieht so aus, als wolle er mit dieser Keule alle Genossen treffen und „aussondern“, die bei kritischer Berücksichtigung historischer Erfahrungen dem sozialistischen Ideal treu geblieben sind. Gysis eigene Auffassungen davon sind so alt wie die von Lassalle und Bernstein.

Gerhard Naumann, Berlin

93 Parteien aus 53 Ländern folgten der Einladung von Milosevic

IV. Kongreß der serbischen Sozialisten

Am 17. Februar 2000 fand in Belgrad der IV. Kongreß der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS) statt. 2 341 Delegierte berieten über den weiteren Weg der einflußreichsten Partei des Landes. Die SPS bildet gemeinsam mit der Radikalen Partei und der Jugoslawischen Linken (YUL), der auch die Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens (SKOJ) angehört, Serbiens derzeitige Regierungskoalition. Slobodan Milosevic wurde vom Kongreß zum SPS-Generalsekretär wiedergewählt. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Bericht von W. Teteikin, der am 24. Februar in der „Sowjetskaja Rossija“ erschien.

„... In der ersten Reihe des Präsidiums waren 7 der 15 Delegierten junge Frauen. Die Jugend und die Frauen stellten die Mehrzahl der Diskussionsredner - die Partei ringt um ein neues Aussehen. Die SP ist in Jugoslawien die größte politische Kraft. Sie hat 700 000 Mitglieder - bei einer Bevölkerung von 10,5 Millionen. Es sei vermerkt: Die Mitgliedschaft in der regierenden Partei bringt keinerlei besondere Vorteile. Im Gegenteil: Die ständigen Angriffe der äußeren Welt und der inneren Opposition müßten ein Angstgefühl hervorrufen! Aber die Menschen haben keine Angst ...

Die Gründe der Begeisterung für Milosevic: Erstens: Die Intervention der NATO war eine echte Härteprüfung für alle, die im Lande an die Spitze wollen. Die bekanntesten Führer der gen Westen schauenden Opposition Vuk Draskovic und Zoran Djindjic haben sich voll blamiert. Der eine küßte öffentlich die Hand der Dame Albright, die mitverantwortlich für den Krieg ist, der andere türmte bei Beginn der Bombenschläge schmachvoll nach Deutschland. Von allen Führern benahm sich Milosevic am würdigsten, sagen die Jugoslawen.

Den zweiten Grund zeigten die Ausführungen der Delegierten. Die Folgen der Bombenangriffe werden schneller beseitigt, als ursprünglich angenommen: Neue Wohnstätten werden gebaut, Brücken und Industriebetriebe wiedererrichtet. Das Volk merkt, daß die Regierung sehr energisch arbeitet und daß die Lebensbedingungen trotz der ökonomischen Blockade besser werden.

Drittens, und davon überzeugte sich der Berichterstatter bei dem Schlußreferat von Milosevic, das einen tiefen philosophischen Inhalt hatte, eine breite Wertung der internationalen Lage enthielt, harte und sarkastische Beurteilungen der Opposition brachte und der Partei, dem Volk konkrete Aufgaben vorzeichnete: Es ist eindeutig - der Präsident Jugoslawiens ist auch der intellektuelle Leader des Landes.

Schließlich - viertens - ist das Volk dem Menschen verbunden und dankbar, der es schaffte, die Nation so zu einen, daß sie den Schlägen der westlichen Aggressoren standhalten konnte ...

Das Wichtigste am Präsidenten ist eine Konzentration von Gedanken, Energie und Willen. Das Land, dessen Existenz bedroht ist, braucht eine Führungspersönlichkeit. Und Milosevic ist das zweifelsohne. Dabei wächst er ständig. Im Schlußwort sagte er: „Heute, da die Gefahr der globalen Gewaltanwendung bekannt ist, ergibt sich die Notwendigkeit, den Widerstand gegen diese Gewalt global zu organisieren. Das kleine Serbien hat gezeigt, daß Widerstand möglich ist. Wenn ein solcher Widerstand auf breiter Ebene angewandt würde - primär als moralischer und politischer Aufstand gegen Tyrannei, Hegemonie, Erzeugung von Angst und neue Formen der Unterdrückung von Freiheitskämpfern -, dann könnte dieser Widerstand die Inquisition der modernen Zeit abbremsen“.

Nelson Mandela ist 81, er hat sich zur Ruhe gesetzt. Fidel Castro ist über 70. Er bleibt der unbestrittene Leader der „Dritten Welt“, aber es entsteht ein Bedarf an neuen, starken und relativ jungen Führern. Slobodan Milosevic wird immer mehr zu so einem Führer. In diesem Sinne ist er eine echte Gefahr für die USA und ihre Verbündeten. Natürlich ist Herr Clinton Milosevic wesentlich überlegen, was das Saxophonspiel betrifft. Daran kann keiner zweifeln. Aber es gibt recht wenig Staatschefs - Herrn Clinton inbegriffen -, die imstande wären, ein Land zu führen, das die kollektive Aggression von Europa und Nordamerika ausgehalten hat.

... Herr Clinton verliert unnütz Zeit und Kraft. Man kann Serbien zu einem beliebigen Knoten zusammenschnüren - es wird sich unweigerlich wiederaufrichten. Wenn Serbien aus den Scherben des Osmanischen Reiches hervorgehen konnte und dem ungeheuerlichen Ansturm Hitlers die Stirn geboten hat, so wird es auch mit dem moralisch schon halb zerfallenen Amerika klarkommen. Das alte erfahrene Westeuropa versteht viel besser, daß man sich mit Serbien eigentlich nicht anlegen sollte; leider hat es aber selbst keinen Widerstandsgeist gegen Amerika mehr.

Der IV. Kongreß der SPS demonstrierte ein großes Maß an Solidarität mit Serbien. Es waren 93 Delegationen von Parteien und Organisationen aus 53 Ländern anwesend - vor allem auch aus Staaten der Dritten Welt ... Das Verhalten des Saales zu den einzelnen Delegationen war aussagefähig. So wurden die Griechen, die während der Aggression standhaft die Jugoslawen unterstützten, stürmisch gefeiert. Auch die chinesischen Kommunisten begrüßte man begeistert. Etwas kühler verhielt man sich zu den Gästen aus Rußland. Wir bleiben natürlich die nächsten Verwandten und Alliierten Jugoslawiens, daran gibt es keinen Zweifel. Aber Elemente der Kränkung durch das Herangehen des Jelzinschen Rußlands sind nicht zu übersehen. Uns wird noch lange der Verrat des Herrn Tschernomyrdin anhängen.

Übersetzung: Dr. Peter Tichauer

Interview mit Pjotr Simonenko, Vorsitzender des ZK der KP der Ukraine

Avantgarde des Widerstandes

Das vergangene Jahr hat der Ukraine keinen Wechsel der Macht gebracht, den viele sehr erhofft hatten. Den Sieg von Leonid Kutschma versucht seine Umgebung natürlich als „Triumph der Demokratie“ als Resultat einer „freien Wahl“ darzustellen. Kann man sich mit solchen Einschätzungen einverstanden erklären?

Keineswegs. In Wirklichkeit zeichnete sich die vorjährige Wahlkampagne durch eine zynische Mißachtung der elementaren demokratischen Normen aus. Kutschma hat es verstanden, sich hauptsächlich dank der oligarchischen Clans an der Macht zu halten, die unter diesem Regime ein gewaltiges Vermögen zusammengerafft haben. Das jetzige Regime verschmäht auch nicht die Unterstützung durch offenkundig kriminelle Strukturen. Besonders beim zweiten Wahlgang sind in vielen Stimmbezirken Fälle direkten Drucks auf die Wähler vermerkt worden. Man muß berücksichtigen, daß das Niveau des politischen Bewußtseins bei einem bedeutenden Teil unserer Landsleute nicht ihrer sozial-ökonomischen Situation entspricht. Sogar nach offiziellen Angaben leben heute 75% der Ukrainer unterhalb der Armutsschwelle. Dennoch haben schon beim ersten Wahlgang 36 % der Bürger für Kutschma gestimmt. Und noch ein nicht weniger wichtiger Umstand, der für den Erfolg des jetzigen Präsidenten ausschlaggebend war: Die Zersplitterung im Lager der Linken, die es nicht verstanden hatte, einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen.

Übrigens, nach den Wahlen haben einige oppositionelle Politiker der KPU vorgeworfen, ein annehmbarer Kompromiß sei an ihrer angeblich mangelnden „Flexibilität“ gescheitert.

Konzentrieren wir uns auf das Wesentliche. Im September 1998 hatte auf Initiative der Kommunisten ein Treffen von Vertretern der KPU, der Sozialistischen Partei und der Landpartei stattgefunden. Sein Ziel war die Ausarbeitung einer gemeinsamen politischen Linie. A. N. Tkatschenko von der Landpartei hat unser Aktionsschema unterstützt, das vorsah, den Namen des gemeinsamen Kandidaten bis zum Frühjahr nicht zu nennen. A. A. Moros nahm als Führer der Sozialistischen Partei eine abwartende Haltung ein. Zugleich wurden an die Adresse des ZK der KPU Offene Briefe organisiert mit dem Appell, einen Block mit der Sozialistischen Partei der Ukraine zu bilden und einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen. Wir sagten: Gut, bilden wir einen Block. Aber auf welcher Grundlage? Es ging ja nicht um Personen, sondern um das Programm. Wir schlugen unseren Verbündeten vor, über folgende Punkte zu verhandeln: 1. Die Macht muß zu den Werktätigen zurückkehren. 2. Die führende Rolle in der Wirtschaft muß das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln spielen. 3. Kauf und

Verkauf von Grund und Boden sind unzulässig. 4. Wiedergeburt der Union der Brudervölker auf freiwilliger Grundlage - vor allem der Union Rußland, Ukraine, Belorußland. Eine Antwort haben wir von den Sozialisten nicht erhalten. Zugleich wollten sie auch nichts von irgendeinem anderen Kandidaten außer Moros wissen. Dem Wesen nach beabsichtigten sie, die KP als „Lokomotive“ zu benutzen. Es ist klar, daß ein solches Handeln nichts mit der Schaffung einer wirklich lebensfähigen linken Koalition gemein hat. Einer Koalition, die fähig ist, über die Wahl eines linken Präsidenten die Macht den Werktätigen zu übergeben und den für die Ukraine verderblichen Kurs zu ändern.

Wie schätzen Sie die heutige Situation in der Ukraine ein?

Was ruft bei Ihnen besondere Besorgnis hervor?

Bis jetzt wurden keine wirksamen Programme der industriellen und landwirtschaftlichen Entwicklung ausgearbeitet. Das Steuersystem erstickt faktisch die verbliebene gesellschaftliche Produktion. Es gibt kein bestätigtes Staatsbudget. Die Abwertung des Griwna wird fortgesetzt. Im Ergebnis der „radikalen Reformen“ ist die Landwirtschaft der Ukraine auf das Niveau von 1960/61 zurückgeworfen worden, bei vielen konkreten Kennziffern auf den Stand zu Beginn der 30er Jahre. Die Lebensmittelversorgung ist real bedroht. Der Präsident bleibt davon unbeeindruckt. Im Gegenteil, erst kürzlich verordnete er faktisch die endgültige Liquidierung der kollektiven Landwirtschaftsbetriebe bis April. Die letzten Ereignisse in der Obersten Rada sind zu einer ernsten Prüfung für alle oppositionellen Kräfte geworden, in erster Linie

für die Kommunisten, die über 122 Deputierte verfügen. Einscharfer Kampf hat sich um die Ausrufung des für April vorgesehenen gesamtukrainischen Referendums entfaltet. Was verbirgt sich hinter Kutschmas Versuch, die gültige Verfassung unter Umgehung des Parlaments zu ändern?

Das Handeln des Präsidenten - die geplante Schaffung eines Zwei-Kammern-Parlaments - ist absolut ungesetzlich. Im Prinzip verfolgt er mit der Verfassungsreform ein einziges Ziel: in der Ukraine (wie in Rußland) ein Regime der persönlichen Macht zu errichten. Deshalb haben die Rechten in der Obersten Rada einen Staatsstreich inszeniert.

Wird sich unter den neuen Bedingungen die Strategie und Taktik der ukrainischen Kommunisten ändern?

Das strategische Ziel der Partei - der Kampf für die Wiederherstellung der Macht der Werktätigen - bleibt unverändert. Unter den taktischen Aufgaben, die heute vor uns stehen, möchte ich folgende hervorheben: 1. Die Strukturen der Partei zu stärken, zu erreichen, daß in jeder Ortschaft eine Partei-zelle arbeitet. 2. Ein qualitativ neues Niveau der ideologischen Arbeit anzustreben, einschließlich ihres theoretischen und propagandistischen Aspekts. 3. Neben den parlamentarischen die außerparlamentarischen Formen des Kampfes zu entwickeln. Die KP der Ukraine war und bleibt die Avantgarde des Widerstandes gegen das kriminelle und oligarchische Regime!

Interview: Anton Kolesnikow
(Prawda 15.-16.2.2000)

Übersetzung: Eberhard Bock



Französische Kommunisten antworten den Liquidatoren

Im Geiste von Tours

Am 25. Februar 2000 informierte die UZ, gestützt auf ein in der „Humanité“ veröffentlichtes Material, sachlich, objektiv und ohne eigene Stellungnahme für oder gegen die Verfasser über den „Appell der 500“, den das Blatt im Rahmen einer „Diskussionstribüne“ vor dem 30. FKP-Parteitag (23.-26. März 2000/ Martignes bei Marseille) abgedruckt hatte. Während der wochenlangen Debatte in den Spalten der „FKP-nahen“ Zeitung seien auch „innerparteiliche Gegner der von Parteisekretär Hue betriebenen ‘Mutation’ zu Wort gekommen“, wurde vermeldet.

Wir halten es für einen großen Schritt in die richtige Richtung, daß die UZ nach Jahren einer höflichen Begleitung der offiziellen FKP-Politik, die zur weitgehenden Liquidierung der Partei als kommunistische Avantgarde und zum totalen Bruch der Spitze mit dem Marxismus-Leninismus geführt hat, nun zu einer allmählichen Einstimmung der DKP-Mitglieder auf die wirkliche Lage in der einstmals glorreichen Partei von Maurice Thorez, Jacques Duclos und Marcel Cachin übergeht. Da das aber vorerst noch in sehr diplomatischer Form und ohne die Dinge beim vollen Namen zu nennen geschieht, sehen wir uns veranlaßt, den fehlenden Teil der Darstellung hinzuzufügen. Und natürlich unsere revolutionäre Solidarität mit jenen französischen Genossen zu bekunden, die nicht nur „innerparteiliche Gegner“ des Liquidators und Rechtsopportunisten Robert Hue sind, sondern auch standhafte Marxisten-Leninisten. In ihrem Lager stehen inzwischen die Departmentorganisationen der Region Nord/Pas-de-Calais und 30-40 Prozent der Pariser Kommunisten, die an einem von den Hue-Leuten in Auftrag gegebenen innerparteilichen Referendum teilgenommen haben.

In Frankreichskommunistischer Bewegung reifen schwerwiegende Entscheidungen heran. Während die Marxisten-Leninisten der gerade umgruppierten „Coordination des Militants Communistes du P.C.F.“ weiter in der revisionistisch geführten FKP verbleiben, um möglichst große Teile der offiziell 203 000 Mitglieder zählenden Partei auf ein künftiges neues Projekt mental und politisch vorzubereiten, wirft ein neuer „Congrès de Tours“ seine Schatten für den Fall voraus, daß Hue und seine Gruppe die alte Partei total zerstören.

Dort - auf dem Kongreß der Sozialistischen Partei - war 1920 eine Mehrheit der Delegierten ausgezogen, um die FKP zu gründen und sich der Kommunistischen Internationale anzuschließen. Mit Gewißheit wird der 28. April - der 100. Geburts-

tag des großen Führers der französischen Arbeiterklasse Maurice Thorez - ein bedeutsamer Kampftag für die Coordination und die anderen konsequenten Kräfte, die sich sowohl gegen den Rechtsopportunisten Hues als auch gegen den Linksoportunismus der in Frankreich jetzt wieder Aufwind erhaltenden Trotzlisten Krivines wenden.

Im Januar ist in Paris die erste Nummer der neuen Zeitung „Initiative Communiste“ erschienen, die im Untertitel die Worte trägt: „Für die revolutionäre Kontinuität und die leninistische Wiedergeburt der FKP“. In einem Leitartikel des hervorragend redigierten kleinen Blattes („Den Kongreß von Tours verteidigen!“) heißt es: „Nun hat uns also die Führung der Partei (mit dem 30. Parteitag - K.St.) einen ‘Gründungskongreß’ angekündigt. Die Mitglieder der FKP, die den Leninismus verteidigen, hätten sich gewiß mit ihrer Warnung vor der liquidatorischen Gefahr gerne getäuscht. Leider hatten wir Grund dazu: Man gründet keine bereits existierende Partei! Es handelt sich um die Gründung einer anderen Partei und um die Liquidierung der FKP.“ Schon in seinem Buch „Kommunismus - ein neues Projekt“ (Januar 1999) hatte Hue verkündet, die „Form der Partei“ sei Vergangenheit, jetzt gehe es um eine „kommunistische Kraft“, in die man nicht länger nur durch Beschluß einer Zelle aufgenommen werde. Den Weg dorthin haben die sogenannten „Neugründer“ (Refondateurs) um den Parteirechten Charles Fiterman gewiesen, die heute alle im Lager Hues stehen.

Doch geben wir noch einmal der „Initiative Communiste“ das Wort. In dem erwähnten Leitartikel, der die Partei nachdrücklich als Avantgarde der Arbeiterklasse bezeichnet, heißt es: „Die Coordination des Militants Communistes du P.C.F. engagiert sich in der Schlacht des 30. Parteitags unter dem Banner der Treue zum Gründungskongreß von Tours. Gewiß, nach der Aufgabe der Diktatur des Proletariats durch den 22. Kongreß, des demokratischen Zentralismus durch den 28., dem Ansteigen des Antisowjetismus in der Partei seit den 70er Jahren konnte man glauben, daß der Kongreß von Tours nicht mehr sei als eine heilige Erinnerung, unsere Coordination eine nostalgische Gruppe und die FKP längst umgewandelt und aufgefliegen. Doch das wäre wenig dialektisch.“

Die Coordination verteidigt die lebendige Erinnerung an die internationale kommunistische Bewegung gegen jene, die ihre Geschichte kriminalisieren wollten; sie gründe sich auf den lebendigen Marxis-

mus-Leninismus und wende sich gegen Dogmatismus, Sektierertum und Verweigerung von Selbstkritik.

„Leninistisch sein bedeutet heute das Ausscheiden der Minister der FKP aus der Regierung und die Aufnahme des Kampfes gegen dieses Kabinett von Maastricht“. K.St.

Marxisten-Leninisten trennten sich von Revisionisten

Israelisches Kommunistisches Forum gegründet

Post vom langjährigen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Israels, Genossen Meir Vilner, gibt Kunde von der Neugründung des Israelischen Kommunistischen Forums (ICP). Angesichts der immer weiter fortschreitenden Umwandlung der KPI in eine reformistisch und antimarxistisch orientierte Partei hatten sich am 21. August 1999 Kommunisten aus allen Landesteilen - Juden und Araber, junge Menschen und Veteranen - erstmals zu Beratungen über einen Ausweg aus der Krise getroffen. Gegenstand des Meinungsaustausches war die Frage, ob eine neue Kommunistische Partei in Israel gegründet werden sollte. Die Entscheidung hierzu fiel Anfang Januar 2000, nachdem alle Bemühungen gescheitert waren, den von ihrer gegenwärtigen Führung verschuldeten ideologischen, politischen und organisatorischen Niedergang der KPI aufzuhalten. Unter den Gründern des Israelischen Kommunistischen Forums befinden sich viele frühere Führer der Partei auf nationaler und örtlicher Ebene.

In einer vom Zentralkomitee des ICP verbreiteten Botschaft an Kampfgefährten in aller Welt heißt es: „Es ist absolut unerlässlich, daß eine wahrhaft Kommunistische Partei weiterhin in Israel besteht - eine Partei, die marxistisch-leninistisch, demokratisch und prinzipienfest ist. Eine Partei, die sich auf dieser Basis erneuert und ständig aus den Erfahrungen der kommunistischen Bewegung in unserem Land und der Bruderparteien lernt, die neue Entwicklungen in Israel, in der Region und in der Welt berücksichtigt.“

Wir gratulieren den israelischen Marxisten-Leninisten um Meir Vilner, daß sie dem revisionistischen Kurs der KPI-Führung ihre zielklare Konzeption entgegenzusetzen.

Wir werden in einer unserer nächsten Ausgaben das Programm des Israelischen Kommunistischen Forums vorstellen.

R.F.

Generalmajor a. D. Prof. Dr. sc. Willi Opitz antwortet Günter Bauch

Wie war das mit dem Ostbüro der SPD?

In seinem Leserbrief (RF Nr. 25) schreibt Günter Bauch aus Fraureuth u. a.: „Es wäre gut, wenn Ihr die Diversionstätigkeit des Ostbüros der SPD gegen die DDR etwas stärker beleuchten würdet“.

Hier ein erster kurzer Beitrag zu diesem Thema.

Bei der ständigen Verschärfung des vom Imperialismus ausgelösten Kalten Krieges spielte das Ostbüro der SPD eine herausragende Rolle. Es besaß in der DDR ein relativ weitverzweigtes Netz von sogenannten V-Leuten. Diese waren für eine konspirative Tätigkeit geschult und mit Geheimtinte, Minikameras und anderen nachrichtendienstlichen Mitteln ausgerüstet. Die Treffs mit den V-Leuten fanden in der Regel in Westberlin statt, das sich schon unmittelbar nach Kriegsende in einen Hort des gegen uns geführten subversiven Kampfes verwandelte. Über 80 Geheimdienste und Agentenzentralen, darunter Spezialkräfte der psychologischen Kriegführung, waren dort stationiert. Westberlin diente - wie seine maßgeblichen Politiker verkündeten - als „Pfahl im Fleische der DDR“. Es war ein Brückenkopf der NATO.

Auftragsgemäß sammelten die Agenten des Ostbüros Informationen aus Führungsorganen der SED und des Staatsapparates, über Standorte und Bewaffnung der Sowjetarmee und der Nationalen Volksarmee der DDR. Sie waren angesetzt, um Produktions- und Forschungsergebnisse auszuspionieren. Sie verbreiteten Gerüchte. Sie leisteten ideologische Zersetzungsarbeit in der SED und unter der Bevölkerung. Zu ihr gehörte das Ausstreuen der sozialdemokratischen These vom „dritten Weg“ zum Sozialismus.

Es ist gerichtsnotorisch und in Büchern von Insidern belegt, daß die Berichte der Agenten des Ostbüros an ausländische Geheimdienste, den Bundesnachrichtendienst (BND), den Verfassungsschutz sowie an das 14. Kommissariat der Bonner Polizei weitergeleitet wurden. Nachgewiesen ist auch, daß der britische Geheimdienst erheblich an seiner finanziellen und konspirativen Unterstützung und Betreuung beteiligt war. Das Ostbüro der SPD befaßte sich übrigens nicht zuletzt mit der sogenannten „Inlands-Aufklärung“, dem Ausspionieren der KPD und mit ihr verbundener Organisationen.

Dr. Buschfort, ein intimer Kenner der Materie, offenbarte in seinem Buch „Ost-

büro der SPD“ (München 1990), dieses habe Informationen über drei Millionen DDR-Bürger gesammelt.

In meinem im Deutschland-Archiv 6/94 veröffentlichten Beitrag über das Ostbüro der SPD habe ich unter Verwendung meiner Kenntnisse und Erfahrungen als Angehöriger des MfS der DDR auf die subversive Tätigkeit dieser Spionage- und Agentenzentrale verwiesen. Zugleich widerlegte ich Versuche interessierter Kreise, die Tätigkeit des Ostbüros zu verharmlosen, sie auf reine „Ballonpropaganda“ und „Informationskampagnen der SPD für die DDR-Bevölkerung“ zu reduzieren.

Schon am 23.9.1952 ließ der „Neue Vorwärts“, das Zentralorgan der SPD, die Katze aus dem Sack: „Eine besondere Rolle im Widerstandskampf gegen das kommunistische Regime ist dem Ostbüro zugefallen ... Erst wenn das kommunistische Regime der Sowjetzone gestürzt werden kann, erst dann wird sich das ganze Ausmaß und der Sinn der illegalen Widerstandsarbeit der Sozialdemokratie erweisen und bestätigen“.

(W. Brandt/E. Löwenthal: Ernst Reuter - Ein Sinn für die Freiheit. München 1959)

Ich stellte in meinem oben erwähnten Beitrag an den SPD-Parteivorstand und an die Ostbüro-Insider die Frage, wann endlich die schon 1952 gegebene Zusage eingelöst wird, die Archive des Ostbüros der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Frage blieb natürlich unbeantwortet.

Mein Beitrag hatte aber ein anderes, sehr erfreuliches und völlig unerwartetes Ergebnis. Ein früherer, jetzt im Westen wohnhafter V-Mann - er wurde 1953 vom MfS enttarnt und durch Gerichte der DDR wegen Spionage rechtskräftig verurteilt - übersandte mir eine umfangreiche, privat geführte Dokumentation über das Innenleben des Ostbüros der SPD. Der bekannte Autor Klaus Huhn, früherer Kollegiumsmitglied des ND und heute Leiter des Spotless-Verlages, hat sie in seinem Buch „Das Ostbüro der SPD“ überzeugend verarbeitet. Von ihm wurde in Bonn der Versuch unternommen, in die Akten des Ostbüros Einblick zu erhalten. Sein Ansinnen stieß auf Ablehnung.

Wer also, besonders in der SPD, ernsthaft will, daß die Geschichte objektiv aufgearbeitet wird, der muß dafür eintreten, daß die SPD endlich die Archive dieser Zentrale des Kalten Krieges öff-

**Mit der Kölner FDJ-Gruppe
beim Blutmai in Essen**

Als Philipp Müller erschossen wurde

Mai 1952 - die Folgen des 2. Weltkrieges sind noch allgegenwärtig. Sie zeigen sich an den Ruinen und in der Trauer über im Krieg verlorene Familienangehörige. Von Vergessen keine Rede! Doch die westdeutsche Bundesregierung hat frühzeitig mit der Wiederaufrüstung begonnen, für viele Menschen unfassbar. Besonders die Jugend, die Faschismus, Krieg, Elend und Not kennengelernt hatte, wollte endlich in Frieden leben. So war es kein Wunder, daß über Parteigrenzen und Weltanschauungen hinweg ein großes Sterntreffen der Jugend gegen die Remilitarisierung geplant wurde. Das Vorhaben war von Pfarrer Mochalsky in Darmstadt bekanntgegeben worden. Es sollte am 11. Mai 1952 auf dem Gelände der Essener Gruga stattfinden.

Wir Mitglieder der Kölner FDJ-Gruppe hatten uns gut darauf vorbereitet und die Anreise mit dem Zug beschlossen. Dann aber kam die Gegenreaktion. Der Staatschritt ein. Das Sterntreffen wurde kurzfristig verboten. Angeblich fehlte es an Sicherheitskräften.

Wir trauten dem Frieden nicht und fuhren trotzdem nach Essen. In der Nähe des Bahnhofs wurden wir Zeugen, wie die Polizei blitzartig vor einem Kiosk mehrere junge Männer ergriff und gewaltsam in ihre Fahrzeuge schleppte. Das war der erste Schreck.

Erfreut stellten wir dann fest, daß sich trotz des Verbots eine riesige Menge Jugendlicher, Angehörige verschiedener Organisationen und Gruppen, mit ihren Fahnen eingefunden hatte. Übrigens: „Sicherheitskräfte“ gab es mehr als genug und in voller Kampfausrüstung, sogar berittene Polizei. Die „Ordnungshüter“ waren in solcher Übermacht, daß sie uns regelrecht durch die Straßen der Stadt jagen konnten.

Bei der Gruga angekommen, wurden wir über Lautsprecher aufgefordert, unsere Reihen aufzulösen und uns schnellstens zu entfernen. Noch ehe der Sprecher geendet hatte, schlugen die Polizisten mit ihren Gummiknüppeln schon wild auf die Menge ein. Sie ritten sogar auf den Bürgersteig. Ich sah, wie ein Beamter sein Pferd vor einem jungen Mann hochriß, der von seiner Freundin gerade noch zur Seite gezogen werden konnte. Wir wurden auseinandergetrieben. Viele von uns trafen sich dann vor dem Bahnhof, wollten dort Rast machen und etwas Mitgebrachtes verzehren. Da rückte die Polizei erneut in breiter Front und mit aggressiver Pose an. Uns blieb nichts weiter übrig, als zu flüchten. Auf dem nahegelegenen Friedhof traf ich einen Jungen mit blutender Kopfwunde. Er riet mir, weiterzulaufen, um nicht auch noch niedergeschlagen zu werden. Später vernahm ich in der Stadt laute Rufe: „Mörder, Mörder!“ Erst auf der Heimfahrt erfuhr ich, daß ein junger Mann - es handelte sich um den Münchener FDJler und Kommunisten Philipp Müller - auf unserer Friedensdemonstration von einem Polizisten erschossen worden war. An diesem Tag wurde mir schlagartig klar, was wir von dieser Bundesrepublik zu erwarten hatten.

Elisabeth Monsig

Ein Träger des revolutionären Prozesses auf deutschem Boden

Gedanken zur FDJ-Geschichte

Am 7. März 1946 wurde die Freie Deutsche Jugend gegründet. Was sie vor und nach Entstehen der DDR sowie im anti-imperialistischen Kampf in Westdeutschland geleistet hat (ich gehe auf diese Seite ihrer Geschichte hier nicht näher ein), gehört zum positiven Erfahrungsschatz der fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes.

Wie war das mit der FDJ-Gründung vor 54 Jahren?

Die KPD hatte bereits im Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945 die Notwendigkeit einer neuen Jugendpolitik unterstrichen. Der Erfolg des beginnenden revolutionären Prozesses zunächst antifaschistisch-demokratischen und später sozialistischen Typs hing in hohem Maße von der Gewinnung der Jugend ab. Zuerst galt es, die dem faschistischen Ungeist erlegenen Jugendlichen für ein der neuen Zeit entsprechendes Denken und Handeln zu gewinnen. Dabei ging es um die ganze Jugend. Der Aufbau einer sie umfassenden Organisation konnte nur schrittweise erfolgen.

Auf die Bildung eines Kommunistischen Jugendverbandes wurde - unter Berücksichtigung der Beschlüsse des 7. Weltkongresses der Komintern - bewußt verzichtet. Schon zuvor hatten junge Emigranten im Ausland Gruppen gebildet, die sich „FDJ“ nannten. Der antifaschistisch-demokratische Einheitswille war auch unter der Jugend außerordentlich stark. Er artikulierte sich als Forderung, keine erneute Zersplitterung - wie vor 1933 - zuzulassen. So entstand die FDJ, der Jugendausschüsse vorausgegangen waren - als einheitliche Organisation. Von großer Bedeutung war dabei die Tatsache, daß die sowjetische Besatzungsmacht der Jugend allseitige Unterstützung gewährte. Ihr wurden bisher nicht gekannte Möglichkeiten eingeräumt.

In den ersten Jahren ihres Wirkens fanden besonders die von der FDJ formulierten vier „Grundrechte der jungen Generation“ starke Resonanz. Dabei vollzog sich das Ringen um eine neue politische Rolle der Jugend in ständiger Auseinandersetzung mit konservativen und proimperialistischen Kräften. Sie sprachen der FDJ jede umgestalterische Befähigung ab und setzten sie mit der Hitlerjugend gleich. Der schon 1946 entfesselte Kalte Krieg des Imperialismus machte um den Jugendverband keinen Bogen.

Welche Ereignisse prägten den Charakter der FDJ und führten zu ihrem wachsenden Masseneinfluß?

Das war vor allem die Gründung der DDR im Oktober 1949. Sie wurde auch von vielen Jugendlichen, die sich der historischen Tragweite des Geschehens noch nicht bewußt waren, begrüßt. Unvergessen ist der Fackel-

zug der 200 000 am 11. Oktober 1949 - die erste Massendemonstration der FDJ. Auch wenn Hans Modrow diese heute als eine Art organisiertes Spektakel ohne Beweiskraft für die tatsächliche Haltung der Jugend abzuwerten versucht - die Wahrheit ist das nicht.

Die DDR erwies sich von ihrer Geburtsstunde an als ein Staat der Jugend. Artikel 18 ihrer ersten Verfassung sicherte die Gleichberechtigung aller Generationen. Er proklamierte den Schutz der Jugend vor Ausbeutung und Verwahrlosung. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte wurde das aktive Wahlrecht mit 18, das passive mit 21 Jahren eingeführt. Schon ein Jahr nach Gründung der DDR beschloß die Volkskammer das erste Jugendförderungsgesetz.

Der Jugendverband überschritt bald die Millionengrenze. Die FDJ-Generation der ersten Jahre wurde später zur tragenden Kaderbasis der DDR. Aus ihren Reihen ging der Führungsnachwuchs für Parteien, Staat und Gesellschaft hervor. Ein Anlaß für die Schmäher der DDR, die FDJ als „Staatsjugend“ abzustempeln.

Ein weiterer Meilenstein war die Zeit nach der 2. Parteikonferenz der SED (1952). Jetzt ging es um die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus. Die neue Etappe brachte für die FDJ einen weiteren Mobilisierungsschub. In einem spannenden und konfliktreichen Prozeß entwickelte sie sich zur „sozialistischen Jugendorganisation“. Sie gab sich eine „Verfassung“ und nannte sich fortan „Helfer und Kampfesreserve der Partei“. Diese neue Rolle allen Mitgliedern verständlich zu machen, war - besonders unter konfessionell gebundenen Jugendlichen - nicht leicht. Es kam jedoch zu keinen ernsten Konflikten. Wenn heute behauptet wird, die FDJ habe damals „ihre inhaltliche und organisatorische Selbständigkeit verloren“, dann teile ich dieses Urteil nicht. Es war eher der absolute Anspruch bei der Umsetzung, der einengend wirkte. Als ich hauptamtlicher Funktionär der FDJ wurde, war ich noch parteilos. So etwas gab es später nicht mehr. Der Aufbau des Sozialismus erforderte die Herausbildung sozialistischen Bewußtseins. Die FDJ hatte ihren Teil dabei zu leisten. Das entsprach durchaus ihrem Gründungsanliegen. Angesichts der neuen Bedingungen mußte sie sich zugleich veränderte Ziele stellen. Die antifaschistisch-demokratischen Werte blieben bei der neuen Aufgabenstellung bewahrt.

In den 60er und 70er Jahren hat die FDJ ihre größten Erfolge erzielt. Es gelang ihr, die Mehrheit der Jugend für gesellschaftlich prägende Leistungen zu gewinnen. Hier sei nur

auf ihren Beitrag zur Stärkung der NVA, die Jugendbrigaden, die Singebewegung, die Messen der Meister von Morgen und andere Initiativen verwiesen. In diesem Zeitraum wurde ein hoher Identifikationsgrad der Jugend mit der DDR erreicht. Das Anliegen, die gesamte Jugend zu gewinnen, konnte immer nur als Annäherungsprozeß verstanden werden. Der Masseneinfluß, den die FDJ als progressive Jugendorganisation gewann, ist in Deutschland ohne Beispiel. Unter sich ständig verändernden Klassenkampfbedingungen und dem permanenten Trommelfeuer des Gegners sah sich auch die FDJ immer komplizierteren Aufgaben gegenüber. Nicht jeder ihrer Funktionäre war den Herausforderungen gewachsen. So kam es zu Überspitzungen, Vereinfachungen und Schwankungen. Ich denke z. B. an sektiererische Scheinkämpfe gegen kurzlebige westliche Moderscheineungen, den Hang zum Kampagnestil und auf rasche Erfolge zielenden Aktionismus, an Zahlenhascherei und Züge zentralistischer Bürokratie. Die Arbeit an der Basis wurde zugunsten großer Treffen mit immer neuen „Gelöbnissen“ vernachlässigt. Das verstärkte sich besonders in den 80er Jahren. Damals verschärften sich in der DDR die Widersprüche, die allgemeine Unzufriedenheit nahm zu, die Massenverbindungen der Partei lockerten sich und die „westliche Lebensweise“ beeinflusste immer mehr das Weltbild vieler Jugendlichen. Ein Übriges bewirkte die antisowjetische Gorbatschow-Clique in der UdSSR. Es ist tragisch, daß in der Endphase der DDR gorbatschowgläubige Kräfte in der FDJ-Führung dominierten. Sie handelten im Glauben, dem Sozialismus zu dienen, beförderten aber ungewollt dessen Niederlage. Wenn in den Darstellungen der konterrevolutionären Entwicklung des Herbstes 1989 „Gorbi, Gorbi“ rufende FDJler, auf der „Mauer“ tanzende Jugendliche und bananenschwenkende Trabifahrer die Szene beherrschten, und so der Eindruck erweckt wird, „die Jugend“ habe die DDR „loswerden“ wollen, dann ist das ein vordergründiges Bild. Heute besinnen sich Menschen, die ihre Jugend in der DDR verbrachten, zunehmend auf die Werte des sozialistischen deutschen Staates. Vieles lebt weiter und wird an die nächste Generation übermittelt. Dazu gehören auch die positiven Erfahrungen der FDJ.

Dieter Itzerott

Unser Autor war 1. FDJ-Bezirkssekretär in Halle (1959-1965) und 2. Sekretär des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend (1967-1971).

Warum Goerdeler und Schindler als Antifaschisten ausgegeben werden

Über „Leitfiguren“ und Vorbilder

Nach Beendigung des 2. Weltkrieges lernte ich als Leiter einer Landesjugendschule viele junge Menschen kennen, die - durch die Nazis und falsche Vorbilder betrogen - begeistert in ein Gemetzel gezogen waren, das sie sehr bald in die furchtbaren Verbrechen der Hitlerwehrmacht verstrickte. Erst nach ihrer Rückkehr lernten sie das ganze Ausmaß der Leiden und Opfer kennen, welche die überfallenen und versklavten Völker erdulden mußten. Verwirrung, Schuldgefühle und Ratlosigkeit bedrückten sie. Ihr Bedürfnis war groß, von den überlebenden Antifaschisten zu erfahren, weshalb diese einen anderen Weg gewählt und sich entschlossen hatten, am organisierten Widerstand gegen die Naziherrschaft unter Einsatz ihres Lebens teilzunehmen.

Uns war klar, daß wir die Herausbildung eines festen Klassenstandpunktes, der Sinn und Inhalt unseres Lebens bestimmte, Freunden und Genossen verdankten, die uns in mühsamer Überzeugungsarbeit davor bewahrten, den „patriotischen“ Lehrern auf den Leim zu gehen. Sie sorgten dafür, daß wir nicht in Kriegshelden unsere Vorbilder sahen, sondern in aufrechten Kämpfern gegen Kapitalismus und Krieg wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. An solchen glaubwürdigen Vorbildern nahmen wir uns ein Beispiel. Auch an Ernst Thälmann, der sich in elfenhalb-jähriger faschistischer Haft nicht beugen ließ, bevor er in Buchenwald heimtückisch erschossen wurde. Wir dachten an unsere Kameraden - die 5000 deutschen Antifaschisten, die als Interbrigadisten in Spanien gegen die Truppen Hitlers, Mussolinis und Francos kämpften, wobei 3000 ihr Leben ließen; unter ihnen der vor Madrid gefallene KPD-Reichstagsabgeordnete Hans Beimler und der frühere Vorsitzende des KJVD Artur Becker, der den Franco-Faschisten verwundet in die Hände fiel und - an sie ausgeliefert - von der Gestapo ermordet wurde. Die Kämpfer des illegalen Widerstandes, die bekannten und unbekannten Helden, die im Rücken faschistischer Truppen absprangen oder in sowjetischen, jugoslawischen, französischen und anderen Partisanenverbänden gegen die Hitlerwehrmacht kämpften, dienten uns als Vorbilder. In diesem Geist erzog die DDR ihre Bürger.

Nach der Einverleibung unseres Staates in den Machtbereich des deutschen Imperialismus war den Regierenden jedes Mittel recht, antikommunistische Ideologie jeder Art zu verbreiten. So wurde auch der opferreiche kommunistische Widerstand gegen die Nazi-Diktatur verunglimpft, verfälscht

oder verleugnet. Er sei vom „staatlich verordneten Antifaschismus“ überhöht und glorifiziert worden, behaupteten die Eroberer.

Es ist erschreckend, welche „Leitfiguren“ man nun der Jugend als glaubwürdig und nachahmenswert präsentiert. Da ist z. B. der Rassist und Wegbereiter der Nazis Carl Friedrich Goerdeler. Zur Zeit des Leipziger Reichstagsbrandprozesses gegen Georgi Dimitroff und seine Genossen war er der Nazi-Bürgermeister von ... Leipzig. Goerdeler wollte sich an der Beseitigung Hitlers nur deshalb beteiligen, weil ihn die dilettantische Führung eines Krieges empörte, den er im Bündnis mit den Westmächten gegen die Sowjetunion fortzusetzen gedachte. Er distanzierte sich keineswegs vom Nazi-System als solchem. Goerdeler, der dennoch von der Freisler-Justiz zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, widmete die BRD in Leipzig ein Denkmal. Ein antifaschistischer Widerstandskämpfer?

Diese Würdigung wurde noch übertroffen. Das ND begründete mit einem ganzseitigen Artikel die Namensgebung einer Schule in Hohenschönhausen, durch die der Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP und spätere „Judenretter“ Oskar Schindler als „glaubwürdiges Vorbild für junge Menschen“ empfohlen wird. Als Vorlage für solcherlei Ehrung diente ein die Realitäten verfälschender, aber künstlerisch geschickt gemachter Film des amerikanischen Regisseurs Steven Spielberg. In Wahrheit war Schindler weder ein Philantrop noch ein zum Antifaschisten gewandelter Alt-nazi, sondern ein moralisch heruntergekommener Rüstungsfabrikant, der an der Verlängerung des Krieges Millionen verdiente. Der SS-Offizier konnte für sich das Privileg in Anspruch nehmen, jüdische Zwangsarbeiter, die er auf einer Liste anforderte, zum eigenen Nutzen zu beschäftigen. Er war also nicht aus humanistischen Beweggründen ihr Lebensretter, wie ihm das auch von den herrschenden Kreisen des Staates Israel bescheinigt wird, sondern ein Kapitalist mit Sonderrechten, die er zu seinem Vorteil einsetzte.

Wie wollen es denn der Geschichtslehrer Axel Gebauer oder andere Initiatoren und

Befürworter der Umbenennung - darunter auch der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland - eigentlich verantworten, daß eine Schule den Namen dieses zum Helden hochstilisierten Nazis trägt, der jüdische Zwangsarbeiter für sich ausnutzte und nur dadurch in den Wirren des Kriegsendes „rettete“?

Konsequente Antifaschisten zeichneten sich - wie ihre Abschiedsbriefe bezeugen - durch standhaften Widerstandswillen bis zum Tod und eine unbeugsame Moral aus. Nie vergesse ich die Worte, die mein Freund und Kampfgefährte, der Interbrigadist Willi Thews, in der Nacht vor seiner Hinrichtung schrieb: „Und immer wieder hat das Leben mich vor Aufgaben gestellt und wählen lassen zwischen Kampf oder Verzicht. Wir haben das Leben nie verachtet, niemand, glaube ich, liebte die Sonne mehr als wir! Aber um des höheren Zieles willen haben wir es an die zweite Stelle gesetzt und an die erste den Kampf ... mit der Gewißheit, daß am Ende das Zuchthaus wartet, die Kugel oder das Beil.“

Nicht die uns von den Siegern dieser Runde der Geschichte aufgedrängten „Leitfiguren“, sondern allein echte Vorbilder wie Willi Thews können der Jugend ein Beispiel geben.

Prof. Dr. Dr. Fred Müller



Grafik: Heinz Herresbach

Rädelsführer mit Aktentasche

Laßt mich etwas aus meinem „Heldenleben“ erzählen - wer weiß, wie lange ich mit meinen 72 Jahren und angeschlagener Gesundheit noch Zeit dazu habe. Zum Beispiel die Geschichte mit dem „Rädelsführer“. Als solchen nämlich stufte mich das Landgericht Dortmund 1957 ein. Nun klingt „Rädelsführer“ ja reichlich mittelalterlich. Zur Erläuterung sei aus dem „Ethymologischen Wörterbuch der Deutschen“, dtv, 4. Auflage Mai 1999, S. 1074 zitiert: „Rädelsführer, m., wer eine Gruppe zu gesetzwidrigen Handlungen anstiftet und anführt, Anführer einer Verschwörung, eines Komplotts ..., der Führer herrenlosen Kriegsvolks, daher auch der 'Anführer, Anstifter', bes. bei Aufruhr, Landfriedensbruch“.

Klingt richtig gefährlich, nicht? Ja, so ein Böser war ich wohl, da ich eben schon damals gegen das „System“ war! Ein jetzt zufällig wieder in meine Hände gelangter Auszug aus dem gegen mich ergangenen Urteil des Landgerichts Dortmund rief mir in Erinnerung, daß ich als „Rädelsführer“ der „Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ und „Rädelsführer der KPD“ zu vier Monaten Gefängnis unter Anrechnung der U-Haft und Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung verurteilt worden war.

Hintergrund: Nach meiner Aufnahme in die KPD 1953 war ich im März des gleichen Jahres als Neu-Bergmann auf der Schachtanlage „Ewald-Fortsetzung“ in Oer-Erkenschwick angelegt worden. In der Ortsgruppe der KPD wurde ich mit der Funktion des Literaturobmannes betraut. Ferner entsandte mich die Partei als ihren Vertreter in den Kreisausschuß Recklinghausen der „Nationalen Front“. Als gelernter Journalist durfte ich da den Schriftführer machen und diese Funktion rechtfertigte dann für das Gericht meine Qualifizierung als „Rädelsführer“ in einem „Geheimbund“!

Aus für mich unerfindlichen Gründen hatte mich die Justiz als offenbar lohnendes Objekt für einen geplanten Musterprozeß gegen die „Nationale Front“ ausgeguckt. So widmete denn die VIII. Große Strafkammer des Landgerichts Dortmund den eher bescheidenen Aktivitäten des Kreisausschusses Recklinghausen der „NF“ ganze elf Verhandlungstage. Schon dieser Umstand belegt, daß es sich die drei Richter und zwei Schöffen nicht leicht gemacht haben, um zu einer juristisch tragfähigen Begründung der von vornherein vorgesehenen Kriminalisierung des Wirkens der „NF“ zu kommen.

Leider reicht der Platz hier nicht aus, um

auch nur einen der vielen ellenlangen Schachtelsätze zu zitieren, in denen etwa unter Abwägung aller denkbaren Gesichtspunkte erörtert wurde, ob ich mich vielleicht doch unter Umständen in einem entschuldigen Verbotsirrtum befunden haben könnte hinsichtlich der Strafwürdigkeit meines Handelns! In der Tat - ein „fairer Verfahren“, wiewohl natürlich der Ausgang für alle Beteiligten von Beginn an klar war.

Interessant ist, heute so als altes Streitroß der revolutionären Bewegung gerichtsnotorisch bestätigt zu finden, daß ich meinen Weg in die Partei schon damals als durchaus kritischer Geist antrat. Bei der Auflistung meiner Aktivitäten kam das Gericht auf eine von mir erarbeitete „Kritische Untersuchung der redaktionellen Gestaltung von 'Freies Volk'“ (zu jener Zeit das Zentralorgan der KPD) zu sprechen und führte im Urteil aus: „Durch die Abfassung der 'Kritischen Untersuchung ...' hat sich der Angeklagte in besonders maßgebender Weise für die KPD betätigt. Diese Ausarbeitung, die in umfassender Art und Weise die gesamte Pressearbeit der KPD untersucht, und in der der Angeklagte Vorschläge und Anregungen für eine wirksamere Propagierung der verfassungsfeindlichen Ziele der KPD macht, war geeignet, die Bestrebungen der KPD wesentlich zu fördern. Es konnte zwar nicht festgestellt werden, in welchem Umfang diese Arbeit des Angeklagten bei der Gestaltung der KPD-Presse Berücksichtigung gefunden hat. Die vom Angeklagten in dieser Ausarbeitung vorgetragenen Gedankengänge sind aber so gut fundiert, daß die für die Pressearbeit der KPD verantwortlichen Funktionäre, denen der Angeklagte diese Ausarbeitung zugesandt hat, darüber nicht einfach hinweggehen konnten“.

Na bitte, wenn das keine angemessene Würdigung durch den Klassenfeind ist! Inwieweit sich die Genossen damals tatsächlich damit befaßt haben, muß dahingestellt bleiben, irgendeine Reaktion hat mich jedenfalls nie erreicht. Aber interessant wäre es schon, heute meine damalige Einschätzung unserer Pressearbeit nachzulesen und sie mit unserer rückblickenden Sicht der Dinge zu vergleichen.

Nun sind natürlich Komplimente des Gerichts mit Vorsicht zu genießen! So etwa sei es für mich durchaus einsehbar gewesen, meinte die Kammer, daß die Tätigkeit in einer verfassungswidrigen Partei - auch schon vor deren Verbot! - „Unrecht“ sei, da der Angeklagte, „wie das Ergebnis seiner Hochschulreifeprüfung ('sehr gut' - d. Verf.), seine Ausarbeitung für die KPD-

Presse und auch sein Verhalten in der Hauptverhandlung beweist, über eine über dem Durchschnitt liegende Intelligenz verfügt“. Folge dieser freundlichen Beurteilung - der Daumen Justitias zeigt nach unten: „Somit hat der Angeklagte zwar möglicherweise im Verbotsirrtum gehandelt, dieser Verbotsirrtum ist aber nicht entschuldigbar“ - was er für ein einfacher gestricktes Gemüt vielleicht gewesen wäre.

Egal, Schnee von gestern, jedenfalls bedurfte meine Verurteilung wegen „staatsgefährdender Rädelsführerschaft“ eines Textes von 257 Seiten.

Am Ende ging die Sache zum Oberlandesgericht und schließlich zum Bundesgerichtshof, wo dann aber nur noch die Anwälte verhandelten. Das Urteil wurde ein wenig zu meinen Gunsten korrigiert. Dazu 12seitige Ausführungen des 3. Strafsenats des BGH, die in ihrer juristischen Spezialisierung mir als ansonsten der deutschen Sprache zu Verständigungszwecken hinreichend mächtigem Bürger Satz für Satz einfach unzugänglich sind - bis auf diese Passage: „Im Zusammenhang mit der Einziehung nach §§ 98 Abs. 2, 86 StGB hieß es im Urteil des Landgerichts: 'Die von der Staatsanwaltschaft beantragte Einziehung der Aktentasche mit Lederriemen war entbehrlich. Insoweit ist es bei der im Urteil vom 2. Mai 1960 getroffenen rechtskräftigen Einziehungsanordnung und dem damit bereits eingetretenen Eigentumsübergang der Einziehungsgegenstände auf den Staat - Justizfiskus - verblieben.'“

Da der Angeklagte durch diese Entscheidung nicht beschwert ist, bedarf sie keiner Erörterung - vergl. jedoch BGHSt. 7, 180, 182, 12, 85, 87, 14, 381“.

Also, hier kann ich wirklich nicht verhehlen, daß ich das als schönes Zeugnis der dem Bürger dienenden Fürsorglichkeit unseres Rechtsstaates empfinde, wenn fünf Richter eines Strafsenats beim Bundesgerichtshof sich Gedanken machen über die Rechtmäßigkeit der Einziehung meiner Aktentasche, in der sich die illegalen KPD-Flugblätter befunden hatten!

Ein „Schmankerl“ zum Schluß: Meine damaligen Prozesse und Verurteilungen - die Strafen sind bei uns längst verjährt und ich hatte sie demzufolge nicht angegeben - führten noch 1995, also 35 und mehr Jahre später dazu, daß mir auf dem New Yorker Flughafen die Einreise in die USA verweigert wurde! „Big Brother“ jenseits des Ozeans ist wachsam - aber das ist wieder eine andere Geschichte.

Rolf Vellay

Das Protokoll der „offensiv“-Konferenz zum DDR-Jubiläum ist noch nicht vergriffen

Auferstanden aus Ruinen

So lautet der Titel des Protokollbandes der Konferenz vom 20./21. 11. 1999 „50 Jahre DDR - Für Sozialismus und Frieden“ (208 S., 24,80 DM, ISBN 3-00-005444-8 oder Tel./Fax: 0511/5 29 47 82), der vom sozialistischen Monatsblatt „offensiv“ der PDS Hannover herausgegeben wurde. Annemarie Mühlefeldt hat im RF 23 bereits über die bedeutsame Konferenz, die dem revolutionären Erbe der DDR gewidmet war, berichtet und auf das Buch neugierig gemacht. Seinen Kauf habe ich nicht bereut. Referate und Diskussionsbeiträge enthalten die tiefgründigsten Erkenntnisse und Anregungen zu weiteren Analysen, die mir aus Veranstaltungen und Publikationen zum 50. Gründungstag der DDR bekannt geworden sind.

Was prägte den Geist der Veranstaltung? Es ging um die Errichtung der ersten sozialistischen Gesellschaft, um Revolution und Konterrevolution auf deutschem Boden seit 1945.

Selbst führende Genossen unserer eigenen Partei könnten mir nun wieder vorhalten: „Sicher kann man manches (in unseren programmatischen Dokumenten - E. K.) besser machen; dies bedarf einer konkreten Hilfe bei Detailformulierungen und nicht allgemeiner Abhandlungen.“ So soll - möglicherweise mit dem (allerdings falsch verstandenen) Hinweis auf Marx' Bemerkung in seiner Kritik am Entwurf des Gothaer Parteiprogramms von 1875, daß jeder Schritt wirklicher Bewegung wichtiger sei als ein Dutzend Programme - gesagt werden, daß Info-Stände, Demos, Mahnwachen, Flugblattaktionen usw. wichtiger seien als die kollektive Ermittlung wesentlicher und ursächlicher Zusammenhänge der gesellschaftlichen Entwicklung.

Es ist ein alter Mangel in der Arbeiterbewegung: Das unvernünftige Gegenüberstel-

len von theoretischer und praktischer Arbeit, von strategischen und taktischen Orientierungen, von Revolution und Reform, von Weg und Ziel, als ob beides nicht dialektisch zusammengehörte. Ist das nur ein nutzloser Streit um „Worte“ oder (modisch formuliert) „Begrifflichkeiten“?

Es geht doch um die Frage, was wir inhaltlich an Info-Ständen, auf Plakaten, Spruchbändern und Flugblättern, in Zeitungen, Bündnissen, gemeinsamen Aktionen mit anderen fortschrittlichen Kräften usw. anzubieten haben. Welche Antworten geben wir auf Fragen von politisch Interessierten und Beunruhigten?

Die meisten grundsätzlichen Wertungen und Orientierungen der DKP sind zweifelsohne tiefgründiger als z. B. solche von Vorständen der PDS. Sieht sich jedoch jemand, der bis 1990 irgendwo in der DDR dafür verantwortlich war, daß das materielle und geistige Lebensniveau gesichert, erhöht und verteidigt wurde, unsere offiziellen „Vorstellungen“ über den durchlebten und den zukünftig angestrebten Sozialismus an, dann ist er angesichts der eigenen praktischen Erfahrungen über die Naivität mancher Sätze verwundert. Diesbezüglich befinden wir uns wirklich noch nicht auf der Höhe der Zeit.

Ohne revolutionäre Theorie kann es - das haben wir aus der gesamten Geschichte der aufstrebenden Bourgeoisie und der Arbeiterbewegung gelernt - tatsächlich keine revolutionäre Praxis geben (Lenin Werke Bd. 5, S. 379); es ist „namentlich die Pflicht der Führer ..., sich über alle theoretischen Fragen mehr und mehr aufzuklären“. (Engels MEW 18, S. 517)

Und damit sind wir wieder bei der in Rede stehenden Konferenz. Der Raum reicht nicht aus für eine Erwähnung der vielen wertvollen Erkenntnisse und Anregungen. Da findet man

(S. 26 ff.) Fakten zur Ablehnung der These, der DDR sei das „sowjetische Modell“ übergestülpt worden, zu den wirklich komplizierten Bedingungen, unter denen deutsche Kommunisten und Sozialdemokraten in Zusammenarbeit mit der Sowjetischen Militäradministration das Leben in Gang bringen mußten, und zu durchaus schöpferischen Beiträgen in der ökonomischen Politik der 60er Jahre. (Ich erinnere an jenen „SPIEGEL“-Artikel Sebastian Haffners, der Walter Ulbricht als erfolgreichsten deutschen Politiker vorstellte).

Es hat übrigens auch sowjetischerseits den Rat an deutsche Antifaschisten gegeben, nicht die politischen Schritte der UdSSR einfach auf die eigenen Gegebenheiten zu übertragen. Auf die Wichtigkeit, bei uns

ein Mehrparteiensystem zu entwickeln, verwies Stalin angesichts der demokratischen und parlamentarischen Traditionen in Deutschland.

Was wir von der UdSSR ange- oder übernommen haben, hängt im Großen und Ganzen mit allgemeingültigen Schlußfolgerungen für alle Länder zusammen, in denen eine Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaftsordnung eingeschlagen wurde oder werden soll. Das scheint mir auch der reale Hintergrund dafür zu sein, weshalb mancher heute wider besseres Wissen behauptet, die grundlegenden Schritte und Maßnahmen zur Eroberung und Ausgestaltung der politischen Herrschaft der Arbeiter und Bauern von 1917 bis 1949 seien „spezifisch russisch“ und daher nicht von internationaler Bedeutung.

Bemerkenswert finde ich z. B. die Frage, ob „demokratischer Sozialismus“ nicht etwas mit Sozialdemokratismus zu tun hat, (S. 118 ff.) sowie die Fakten zur „Strategie der friedlichen Einmischung“ in die Angelegenheiten der DDR (S. 133 ff.). Der Nachweis überzeugt, daß imperialistische (speziell sozialdemokratische) Kräfte der BRD und anderer Länder seit 1945 langfristig darauf gesetzt hatten, daß nachwachsende Generationen in sozialistischen Staaten durch systematische Beeinflussung schließlich bereit sein könnten, die eigene Gesellschaftsordnung zu verraten, um ihre egoistischen Bedürfnisse zu befriedigen.

Andererseits wurde (S. 429) auch angedeutet, daß uns noch eine schwere Arbeit mit umfassenden Untersuchungen zu den Fragen bevorsteht: Welches waren die inneren Entwicklungsprobleme der sozialistischen Gesellschaft? Welche neuen Unterschiede, Gegensätze und Widersprüche entstanden notwendigerweise auf der Grundlage sozialistischer Produktionsverhältnisse? Beim Beschreiten von gesellschaftlichem Neuland stehen leitende Kräfte in bestimmten Abständen immer wieder vor der schwierigen Aufgabe, sich für einen von meistens mehreren möglichen Schritten oder Wegen entscheiden zu müssen. Und vor allem: Wie kann man sichern, daß die revolutionäre Bewußtheit früherer Generationen auch den nachfolgenden vermittelt wird? Darüber brauchen wir eine Debatte derjenigen, die den Sozialismus selbst aktiv mitgestaltet haben, ganz gleich, ob und wo sie z. Z. politisch organisiert sind. Das Buch über die „offensiv“-Konferenz ist dabei eine wertvolle Hilfe.

Eike Kopf



Grafik: H. Herresbach

Dr. Robert Steigerwald antwortet Kritikern im „RotFuchs“

Zum Meinungsstreit um Lenins Parteitheorie

Liebe Genossen vom „RotFuchs“, ich beziehe mich auf Eure Nr. 25 und darin auf den Bericht über die Versammlung der Berliner Gruppe Nordost. Natürlich stimme ich der Aufforderung zu, die nötige Debatte kulturvoll zu betreiben, wozu auch die Kulturtechnik des richtigen Lesens gehört. Ich bin ja wohl gemeint mit der Formulierung, es werde die universelle Bedeutung der Leninschen Parteitheorie bestritten. Ich teile die Sorge meiner Kritiker um die Partei, schließlich ist sie nicht nur das wichtigste Instrument, das uns zur Verfügung steht, sondern auch das einzige, das wir allein bilden und über dessen Beschaffenheit wir allein bestimmen. Und wer sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung auskennt, weiß, daß sich in Rußland die reformistische von der revolutionären Arbeiterbewegung wegen der Parteifrage trennte. Es kommt hinzu, daß eine Partei sterben wird, in der es, auf der Grundlage gewisser unverzichtbarer Gemeinsamkeiten, keinen Meinungsstreit gibt. Das haben wir erlebt. Ich habe in den Beiträgen zur Parteitheorie unterschieden zwischen Allgemeingültigem (meinetwegen: Universalistischem) und der Art und Weise seiner Umsetzung. Diese konkrete Herangehensweise halte ich für gut marxistisch. Die Kritik daran verwechselt Allgemeingültiges und Besonderes. Denn ich habe nur bestritten, daß Umsetzung des Allgemeingültigen in einer bestimmten Kampfepoche allgemeingültig ist und bestreite das nach wie vor. Ist es so schwer einzusehen, daß beispielsweise wir, in der KPD während unserer Illegalität, das Prinzip des demokratischen Zentralismus anders handhaben mußten als in der Zeit unserer legalen Existenz?

Worin also sehe ich die unverzichtbaren Grundlagen (das Universelle) einer kommunistischen Partei auch für uns hier und heute? Inhaltlich ist m. E. unstrittig,

- daß wir im Kapitalismus und zwar in dessen imperialistischem Stadium leben,
- daß der Kapitalismus überwunden werden muß, wenn die Menschheit eine Zukunft haben soll,
- daß dies nicht durch eine Summierung von Reformen möglich ist,
- daß die gesellschaftliche Hauptkraft für diesen Kampf die Arbeiterklasse ist,
- daß diese Klasse nicht ihre Aufgabe erfüllen kann, wenn sie nicht von einer Partei geführt wird, die sich in Theorie und Praxis von der einheitlichen Lehre von Marx, Engels und Lenin leiten läßt,

- daß diese Partei eine proletarisch-internationalistische Orientierung besitzt.

Organisatorisch ist für mich unstrittig, daß diese Partei nicht etwa einer Fußballoberliga vergleichbar sein darf, sondern unter einheitlicher, zentraler Führung bei breit entfalteter innerparteilicher Demokratie (den konkreten Kampfbedingungen entsprechend, also in der Illegalität natürlich andersartig) wirken muß.

Das ist völlig im Einklang mit Lenin. Ich verabschiede mich nicht von ihnen, wenn ich manches Konzept Lenins für zeitgebunden halte. Das sah auch er so.

In „Staat und Revolution“ hatte er Zielsetzungen für die Periode unmittelbar nach der Revolution formuliert, die er schon kurz nach dem Oktober aufgeben mußte. Bis 1921/22 findet sich bei Lenin kein Hinweis, daß die alleingelassene SU den Sozialismus aufbauen können. Diese Position hat er danach korrigiert. Sein Parteikonzept von 1903 war nicht identisch mit dem

während legaler Perioden. Sein Verständnis des demokratischen Zentralismus unterschied sich sehr (qualitativ) von dem, was uns unter der Formel von der (angeblichen) Partei von neuem Typus vermittelt wurde usw. usf. Man studiere die Antwort, die Lenin auf Rosa Luxemburgs Kritik am Leninschen Parteikonzept von 1903 schrieb. Er erwiderte Rosa Luxemburg, sie berücksichtige nicht die völlig anderen Gegebenheiten in Deutschland und Rußland, die völlig anderen Kampfbedingungen, stellte also einen inneren Zusammenhang zwischen konkreten Kampfbedingungen und Parteitypus her, formulierte kein allgemeines Gesetz, das sowohl für Deutschland als auch für Rußland gelten sollte. Man studiere seinen „Linken Radikalismus“, wo er nicht nur einige allgemeine, einige Grundzüge des Bolschewismus hervorhob, die für alle kommunistischen Parteien gelten, sondern mahnte sie genauso, jeweils ihre konkreten Kampfbedingungen im Auge zu behalten.

Nichts anderes schlage ich vor. Es geht darum, ob ich unsere konkreten Kampfbedingungen, die wirkliche Situation unserer Partei, ihre realen Möglichkeiten richtig einschätze und daraus Folgerungen ziehe oder ob ich da Fehler mache. Wenn dem so ist, sollen meine Kritiker diese benennen, damit man über Reales und Konkretes debattieren kann und nicht als Maßstab vergangene, damals richtige (es waren übrigens auch nicht immer richtige!) Lösungen heranzieht, die ganz anderen Bedingungen entsprachen. Kurzum: Es gibt auf der Grundlage der oben benannten Gemeinsamkeiten Zeitbedingtes, konkreten Bedingungen Entsprechendes, das unter anderen Bedingungen aufzugeben ist. In dieser Hinsicht habe ich mich zum heute für uns nötigen Parteitypus, zur heute nötigen Weise der Durchsetzung des Allgemeinen geäußert. Ich kann an der Tatsache nicht vorbeigehen, daß jener Parteitypus, den man in Lehrbüchern, Referaten und in der Praxis lange Jahre als Partei von neuem Typus ausgab, 1989/90 zusammengebrochen ist. Das muß analysiert werden, nicht nur hinsichtlich der Parteientwicklung im Kapitalismus. Da geht es etwa um den Euroreformismus. Zu dem haben wir uns, beispielsweise in einem Grundsatzreferat des damaligen Parteivorsitzenden Herbert Mies, geäußert, als man anderswo diplomatisch das Maul hielt. Und in den Krisenjahren gegen Ende des achten Jahrzehnts haben wir einen Kampf um die Partei geführt, der immerhin zur Folge hatte, daß es bei uns diese Partei, so geschwächt wie auch immer, noch gibt! Zur Debatte steht also auch die Parteiproblematik in den ehemals sozialistischen Staaten Europas, der dortige Zusammenbruch! Wir sind gemeinsam der Meinung,

- es gebe kein historisches Beispiel für die umwälzende und weltgeschichtliche Rolle der Taten, die unter Führung der Kommunisten von werktätigen Massen Rußlands vollbracht worden sind,
- die historische Tragweite des Wirkens der Gorbatschow-Clique muß als Verrat am Sozialismus, als Liebesdienst für den Imperialismus beurteilt werden.

Wir können darüber streiten, wie das Wirken Chruschtschows und der XX. Parteitag hinsichtlich des Zusammenbruchs des Parteityps im europäischen Sozialismus zu bewerten ist. Sich jedoch damit zufrieden zu geben, halte ich für völlig unzureichend. Die Faktoren, die zur Katastrophe führten, begannen schon früher, schon zur Zeit Stalins zu wirken. Wer hat denn die Chruschtschow

und Mikojan, die Gorbatschow, Jakowlew, Schewardnadse, Jelzin, Sagladin usw. usf. erzogen? Ist diese Generation nicht in der Stalinzeit durch die Schule der „Jungen Pioniere“, des „Komsomol“ und dann der Partei gegangen? Handelte es sich um einzelne Personen, so wäre das kein Thema, aber leider erwies sich eine ganze „Garde“ von „Führern“ als Strolche!

Meines Erachtens führt uns diese Frage an ein Problem: Gab es in der Partei, an ihrer Spitze, nur solche „Fettaugen“ (dieschwimmenimmeroben), solche „Beamten“ (die machen immer, was die jeweilige Führung verlangt, heute dies, morgen das Gegenteil)? Das anzunehmen wäre gegen alle Vernunft. Es muß also gefragt werden, warum die wahrhaft sozialistischen, wirklich kommunistischen Kräfte aus dieser Führung in einem so hohen Maße verdrängt werden konnten? (Ich könnte hier weithärter formulieren!) Warum in so hohem Maße Karrieristen, persönliche Opportunisten, Kopfnicker und Lumpen in die Führung der Partei gelangen konnten (die SED hatte - von dem Charakterlumpen Schabowski abgesehen - einen anderen führenden Kern!)

Ich versuche zu begründen, welchen Parteitypus ich hier - nicht aber etwa in Lateinamerika! - und heute für nötig halte. Meine Kritiker schweigen über diesen Aspekt des Konkreten! Wollt Ihr ernsthaft bestreiten, daß wir uns nicht in einer analogen Lage befinden, wie die SPD im letzten Drittel des 19. oder die SDAPR in den ersten 20 Jahren des 20. Jahrhunderts? Wollt Ihr ernsthaft bestreiten, daß die ideologisch-politische Situation in der Arbeiterklasse unseres Landes mies ist (darüber, warum das so ist, wäre zu diskutieren, es liegt nicht nur an den Sozis)? Folgt daraus nicht, daß Orientierungen, wie sie unter Bedingungen des Heranreifens eines Revolutionsprozesses möglich und nötig sind, uns nicht - gegenwärtig jedenfalls nicht - gegeben sind? Müßten wir nicht heute gerade alles daran setzen, eine Partei zu schaffen, zu entwickeln usw., die fähig ist, möglichst massenhaft und überzeugend Kapitalismuskritik und Sozialismuspropaganda zu entfalten? Das wäre beispielsweise unter heutigen Bedingungen das Streben nach Verwirklichung der führenden Rolle! Und in diesem Sinne habe ich gesagt - zugespißt, das habe ich sogar unterstrichen - brauchen wir heute eine Partei, die vor allem bewußtseinsbildend wirkt (was nicht nur durch Agitation und Propaganda geht, das ist klar, sondern vor allem durch die Organisation von Erfahrungen, die wiederum von Massen nur im Kampf gewonnen werden können). Wenn wir das nicht schaffen, werden wir keinen weiteren Fortschritt schaffen und wenn wir noch so sehr auf den Imperialismus, seine Kriege und Verbrechen und die Notwendigkeit einer revolutionären Kampfpartei abheben. Wir haben sie derzeit nicht und mit dem Wind von Worten allein werden wir da nichts ändern.

Ich wäre nicht böse, würde man mir überzeugend, plausibel zeigen, daß eine andere Position besser und handhabbarer wäre. Das wäre Kritik, die man gebrauchen könnte. Aber nur Worte angreifen (und nicht einmal ihren konkreten Zusammenhang beachten!), sich auf frühere Positionen berufen, aber keine durchdachte eigene, der Gegenwart angemessene Konzeption wenigstens vorzustellen zu versuchen, das hilft mir nicht - und Euch auch nicht.

Robert Steigerwald

ROSA LUXEMBURG contra LENIN?

Unter Revisionisten diverser Schattierungen ist es üblich, Rosa Luxemburg gegen Lenin auszuspielen, besonders in der Parteifrage, wobei auf die „bekannten“ Äußerungen der späteren KPD-Mitbegründerin gegen Lenins Parteikonzeption verwiesen wird. Rosa Luxemburgs Positionen seien gegenüber Lenins „Bürokratismus“, „Ultrazentralismus“, „Formalismus“, „Jakobinismus“ usw. „demokratisch“, sie verkörpert die „wahre“ sozialistische Parteauffassung. Dabei verlassen sich die gegen das Leninsche Konzept zu Felde ziehenden Autoren wohl darauf, daß die Leser nicht bei Lenin und R. Luxemburg nachschlagen. Sie gehen nach bekannter Methode abstrakt, ahistorisch an die Darstellung der tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Lenin und Luxemburg heran und untersuchen nicht, WANN und UNTER WELCHEN BEDINGUNGEN die Kontroversen zwischen beiden Marxisten entstanden und ausgetragen wurden. Übereinstimmungen zwischen Lenin und Luxemburg in der Parteifrage bleiben außer acht, besonders Äußerungen, in denen Luxemburg die Parteitheorie Lenins als richtig bestätigte, und letztere überwiegen im Verhältnis zu ihren kritischen Bemerkungen. Eine knappe theoriegeschichtliche Skizzierung des Dialogs Lenin/Luxemburg aus den Jahren 1903/04 soll dies belegen. Auf dem II. Parteitag der SDAPR (Juli/August 1903) kam es zum offenen politisch-ideologischen Bruch zwischen der proletarisch-revolutionären Strömung (Bolschewiki) und der intellektuell-opportunistischen Strömung (Menschewiki). Deren Repräsentanten (Potressow, Martow, Axelrod) hatten sich durch Intrigen auch der Redaktion der bis dahin von Lenin redigierten revolutionären „Iskra“ bemächtigen können, worauf Lenin aus dieser austrat. Potressow und Axelrod wandten sich daraufhin an die sozialdemokratische Presse Deutschlands mit verleumderischen Artikeln gegen die Bolschewiki. Kautsky veröffentlichte diese in der Zeitschrift „Die Neue Zeit“ (Stuttgart), weigerte sich jedoch, Antworten der Bolschewiki, namentlich Lenins, ebenfalls zu publizieren. Wie Potressow in einem Brief an Axelrod vom 14. (27.) Mai 1904 schrieb, sollten die Menschewiki „einen Generalplan für die Kampagne gegen Lenin“ ausarbeiten, um „mit Gottes Hilfe ... Lenin in die Luft“ zu sprengen. Dies sollte „bis aufs letzte, methodisch und planmäßig ...“ geschehen. „Wie Lenin schlagen? Das ist die Frage. Vor allem ... sollte man Autoritäten gegen ihn loslassen - Kautsky (liegt schon vor), Rosa Luxemburg und Parvus.“ Von R. Luxemburg wissen wir, daß sie auf Bitten der erwähnten „Iskra“-Redakteure ihren Artikel „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“ für „Die Neue Zeit“ (1903/1904) geschrieben hat. Dabei stützte sie sich vor allem auf Materialien der Menschewiki. Ein Vergleich von Lenins Schrift „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte

zurück“ (Mai 1904) mit dem Artikel Luxemburgs offenbart zunächst, daß sie verschiedene Sachverhalte offenkundig verwechselte. Dies führte zu dem Kuriosum, daß sie Auffassungen von Axelrod, Akimow und anderen Vertretern der Menschewiki zu recht kritisierte, wobei sie annahm, daß diese von Lenin stammten. Sie hat übersehen, daß die Bolschewiki in verschiedenen Kommissionen auf dem II. Parteitag, so zum Statut der Partei, nicht die Mehrheit besaßen, so daß diese Beschlüsse faßten, von denen sich Lenin distanzierte. Während R. Luxemburg glaubte, Lenins Parteitheorie zu kritisieren, wandte sie sich tatsächlich gegen Auffassungen der Menschewiki. Die Auseinandersetzung mit Lenin offenbarte allerdings auch Meinungsverschiedenheiten über Grundfragen der Parteitheorie. Obwohl R. Luxemburg in ihrer gesamten literarischen Tätigkeit Opportunismus und Revisionismus bekämpft hat, verstand sie in dieser Zeit die Konflikte in der SDAPR nicht als Kampf zwischen der proletarisch-revolutionären und der intellektuell-opportunistischen Richtung, als Ringen zwischen Marxismus und Revisionismus, sondern erblickte darin einen Streit zwischen Zentralismus und Demokratismus. Was von heutigen Revisionisten verschwiegen wird: Rosa Luxemburg war keineswegs eine Gegnerin des Zentralismus. Sie hatte in der deutschen Sozialdemokratie erlebt, daß opportunistische Kräfte den Parteiapparat beherrschten, daß die SPD den neuen Herausforderungen unter dem Imperialismus nicht gewachsen war. So gäbe es „Klagen über den Bürokratismus unserer obersten Parteibehörden ..., einen Bürokratismus, der die lebendige Tatkraft ertöte“, schrieb sie im August 1911. Der Verknöcherung des SPD-Parteivorstandes stellte sie die Aktion der Massen gegenüber, von der sie Veränderungen erwartete. Sie überschätzte dabei die spontane Schöpferkraft der Massen. Lenin hingegen sah in der Spontaneität die Vorstufe der Bewußtheit; diese konnte jedoch nur von der Partei in den Massen erzeugt werden. Kurz: Lenin baute eine revolutionäre Partei/Arbeiterbewegung von oben nach unten auf, Luxemburg von unten nach oben. Aus dem spontanen, revolutionären Willen der Massen sollte die Partei geschaffen, ihre Tätigkeit, ihre Ideologie bestimmt werden. Nach Lenin war die Partei Vortrupp der Massen, nach Luxemburg deren bloßes Vollzugsorgan. Das theoretische Problem zwischen Lenin und Luxemburg war eine unterschiedliche Bestimmung des Verhältnisses von Spontaneität und Bewußtheit. Luxemburg blieb der Zugang zum demokratischen Zentralismus, wie ihn Lenin in seinem Entwurf zum Parteistatut dargelegt hatte, versperrt. Sie verstand nicht, daß der Kampf gegen den Revisionismus auch auf dem Gebiet der Organisation geführt werden mußte. In ihrem Aufsatz „Taktische Fragen“ für die „Leipziger Volkszeitung“ gelangte R. Lu-

xemburg 1913 zu der Einsicht, daß die imperialistische Entwicklung den Arbeitern „immer heftigere Nackenschläge“ versetzt, „unsere Aktion aber vielfach nicht auf der Höhe“ sei, um diese Schläge zu parieren. Organisationsapparat und Parteitaktik wären auf Parlamentswahlen und parlamentarischen Kampf zugeschnitten. „Aber die neue Zeit des Imperialismus stellt uns immer mehr neue Aufgaben, denen mit Parlamentarismus allein, mit dem alten Apparat und der alten Routine nicht beizukommen ist.“ Eine indirekte Bestätigung der Leninschen Konzeption von der „Partei neuen Typus“. Noch hinter Kerkernauern in Breslau schrieb sie kurz vor Ausbruch der Novemberrevolution in Deutschland: „Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff ...“ Sie gelangte zu der bemerkenswerten Einsicht: „Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblick und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebracht, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktober-Aufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.“ Sie hatte die universelle Bedeutung der Leninschen Parteitheorie verstanden, was heute einigen Linken offenbar schwerfällt.

Zwischen Lenin und Luxemburg gab es Mißverständnisse - aber keinen Bruch. Sie als Kronzeugin für Demokratie gegen das Parteikonzept Lenins ins Feld führen zu wollen, ist historisch und theoretisch verfehlt. Nicht wegen ihrer Irrtümer wurde sie unter aktiver Beteiligung solcher Sozialdemokraten wie Noske und Co ermordet, sondern weil sie in ihrem Programm des Spartakusbundes meinte, sozialistische Demokratie sei dort, „wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwierigen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: Dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist“. Lenin hätte da wohl kaum widersprochen und wir auch nicht!

Ulrich Huar

Leseempfehlungen

Rosa Luxemburg, Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie in: Gesammelte Werke Bd. 1.

2. Halbband, Berlin 1983, S. 422-444

W. I. Lenin, Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, in: Werke Bd. 7, Berlin 1956, S. 480-491

W. I. Lenin, Entwurf des Statuts der SDAPR, in: Werke Bd. 6, S. 475-477



**Unser Leser Dr. rer. nat. habil E.-J. Langrock
aus Hoyerswerda wirft die Frage auf:**

Warum besaß die SED 1989 kein Rückzugskonzept?

Man sagt, als Mao Tse-Tung in den 50er Jahren gebeten wurde, eine Einschätzung der Französischen Revolution von 1789 zu geben, habe er geantwortet, dazu sei es noch zu früh. Da muß es doch verwunderlich sein, wenn einige „RotFuchs“-Autoren (z. B. S.R./Dezember 99) jetzt schon wissen, auf dem Sonderparteitag der SED habe ein Parteiputsch stattgefunden. Könnte es nicht vielleicht sein, daß es für eine solche Einschätzung auch noch zu früh ist? Ich möchte Selbsterlebtes von der damaligen Parteibasis beisteuern. 1987-1990 war ich ehrenamtlicher GO-Sekretär der Sektion Naturwissenschaft an der 1992 geschlossenen TH Leipzig. Was war das mitunter für ein schwülstiges Gerede von Strategie und Taktik; was wurden da nicht für unreale „Kampfkraftanalysen“ eingefordert und zwar zu einer Zeit, in der sensible Geister schon sehr sorgenvoll in die Zukunft sahen. Ich entsinne mich, daß 1988 ein im wesentlichen von mir verfaßter Bericht über die politisch-ideologische Situation in der Sektion von der zentralen Parteileitung der TH zurückgewiesen wurde. Er war zu wenig geschwollen und zu realitätsbezogen.

Als dann aber auf Grund vielfältigen Druckes partielle Rückzugsstrategien und -taktiken gefragt waren, da war nichts dergleichen vorhanden. Bleiben wir bei der militärischen Ausdrucksweise (ich habe sie nicht in die Politik eingeführt). Beim Militär ist es üblich, sich in Phasen der Kräfteunterlegenheit in möglichst gut ausgebaute Stellungen zurückzuziehen. Das setzt natürlich eine reale Beurteilung der Situation voraus. Auch hierzu konkrete Beispiele aus eigenem Erleben: Es war üblich, daß die Abteilung Wissenschaft des ZK regelmäßige Schulungen/Beratungen mit den GO-Sekretären der technischen und naturwissenschaftlichen Sektionen der Hochschulen und Universitäten durchführte. Ich nahm im Frühjahr 1989 zum zweiten Mal an einer solchen Veranstaltung teil. Das Grundsatzerferat hielt der Stellvertreter des Abteilungsleiters. Mir fiel auf, daß der zweite Teil dem ersten Teil mit den zentralen Vorgaben widersprach. Er gab die weitaus realeren Eindrücke des Referenten wieder, der sich „oben“ offenbar kein Gehör verschaffen konnte. Auf einer Parteiaktivtagung der TH Leipzig im November 1989 sprach ich zur Diskussion und stellte mich dabei als GO-Sekre-

tär vor. Daraufhin Pfiffe von der Hälfte der Anwesenden, obwohl mich höchstens zehn Prozent der Teilnehmer kennen konnten, da wir als nicht-immatrikulierende Sektion nur für die universitäre Grundlagenausbildung einiger Bereiche zuständig waren. Man piffte also die Funktion aus. Ich führe die Beispiele an, um einerseits die Sprach- und Ideenlosigkeit der politischen Führung und andererseits die Hysterie und Hektik im Land und in der Partei zu verdeutlichen. Die Idee einer besseren Gesellschaftsordnung hatte sich damals selbst von den Parteimitgliedern weit entfernt. Sie war in der Zeit der Existenz der DDR jedoch den Massen schon einmal deutlich näher als in der Phase ihres Untergangs.

Was sich auf dem Sonderparteitag abgespielt, konnte infolge des Fehlens durchdachter Rückzugskonzepte nur Aktionismus und Pragmatismus sein. Es war von Anfang an eine Improvisation, um so viel wie möglich zu retten. So habe ich das jedenfalls verstanden und akzeptiert. Verkürzt dargestellt, improvisiert die PDS seither nur noch. Kein Zweifel, daß das zu wenig ist! Auch mir wurde 1991 „Gysis bunte Truppe“ zu bunt. Im Nachhinein das Verhalten dieser Leute als Putsch zu klassifizieren, scheint mir jedoch oberflächlich und falsch. Es ist auch für die Zukunft wenig hilfreich, denn es verstellt den Blick vor der Erkenntnis, daß in einer Phase der politischen und gesellschaftlichen Krise in Deutschland keine für die Massen akzeptablen Alternativkonzepte existieren. Auch davor, daß im Unterschied zur Weimarer Republik eine kommunistisch orientierte Partei in Deutschland eine politische Randerscheinung ist.

Mir scheint es dringend geraten, daß sich auch Marxisten stärker als bisher mit Soziologie und Psychologie befassen. Diese Schlußfolgerung läßt sich mit der DDR-Geschichte begründen. Sie will mir zukunftsweisender erscheinen, als die Frage, ob die Aktionen der Gysi & Co nun ein Putsch waren oder nicht. □

RotFuchs

E-Mail & Internet Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>

**Schwerins Oberbürgermeister ehrte
„großen Sohn“ der Landeshauptstadt**

Messerschmidts Bölkow

Schwerin hat einen Ehrenbürger mehr: Dr. Ludwig Bölkow. Oberbürgermeister Johannes Kwaschik (SPD) würdigte das „soziale Engagement“ des Auserwählten - u. a. als Mitglied in der Lebenshilfe Schwerin e. V. Er fand hehre Worte: „Die Vaterstadt ehrt einen Menschen, der von hier auszog in die Welt der Technik, der Forschung und des Unternehmertums“. „Sichtlich gerührt nahm Dr. Bölkow die Urkunde während einer Sondersitzung der Schweriner Stadtvertretung im Thronsaal des Schlosses entgegen“, schrieb der hofische „Stadtanzeiger“.

Wir wollen das Feierliche des Ereignisses nicht schmälern, möchten aber darauf verweisen, daß der jüngste Ehrenbürger der Stadt am großen See vorher vor allem in der Sterbehilfe tätig gewesen ist. Als einer der größten Rüstungsfabrikanten der Bundesrepublik Deutschland. Werfen wir einen nüchternen Blick auf die Biographie des 1912 in Schwerin als Sohn eines Werkmeisters der Flugzeugfirma Fokker Geborenen. Nach dem Abitur bezog Bölkow die Technische Hochschule Berlin. 1938 erhielt er das Ingenieurdiplom. Dem detailgetreuen Bericht des „Stadtanzeigers“ ist zu entnehmen: „Von 1939-1945 (!) lernte er bei Messerschmidt in Augsburg, in Wiener-Neustadt und in Oberammergau den Flugzeugbau von der Pike auf“. Von der Pike auf? Der Diplomingenieur wurde nicht eingezogen? Offensichtlich war er ein so strammer Nazi oder ein so unersetzlicher Waffenschmied des „Führers“ - jedenfalls wurde er immer wieder aufgestellt. So hatte Bölkow tapfer an der „Heimatfront“ aus.

Er arbeitete unverdrossen für den Tod. Denn bei Messerschmidt wurden Kriegsflugzeuge - z. B. die Jagdmaschine Me 109 - hergestellt. Nach 1945 war unser Ehrenbürger nicht untätig. Schon drei Jahre später gründete er in Stuttgart „sein erstes Ingenieurbüro“. Die Remilitarisierung und der damit verbundene Aufbau einer neuen westdeutschen Rüstungsindustrie liefen an. Mit Schwerin hatte Herr Bölkow damals nichts am Hut - das lag ja im roten Osten. 1956 ging aus dem „Ingenieurbüro“ die Bölkow Entwicklungen KG hervor und - man lese und staune - bereits 1968 erfolgte deren Fusion mit Messerschmidt. Noch einmal der „Stadtanzeiger“: „Damit standen 20 000 Mitarbeiter unter der Leitung von ... Dr. Ludwig Bölkow.“ Vom Ingenieurbürobesitzer stieg er zum Chef eines der zwei größten Rüstungskonzerne der BRD auf. „Der Wiederaufbau der Luft- und Raumfahrt ist das wichtigste Kapitel des Lebenswerkes von Dr. Bölkow“, heißt es weiter im Lokalblatt. Ein Held der wiederentstandenen Rüstungsindustrie!

„Einige seiner Aktivitäten: Segelflugzeuge in Vollkunststoffbauweise, Vielzweckhubschrauber, Hochleistungsflugzeuge, Satelliten, Raumsonden, Triebwerke für Raketen ...“ Eine stolze Bilanz hat der 1977 des Alters wegen aus der Geschäftsführung von Messerschmidt-Bölkow-Blom (MBB) ausgeschiedene aufzuweisen. Hochleistungsflugzeuge? Triebwerke für Raketen? Vielzweckhubschrauber? Wir sagten es schon: Schwerins von der SPD kreierter neuer Ehrenbürger kommt vom Sterbehilfe e. V. Sein Name ist mit Krieg und Kriegsvorbereitung verbunden. Der „Stadtanzeiger“ sieht das ganz anders. Er verneigt sich tief. „Die Ehrenbürgerschaft ist eine Verbeugung der Vaterstadt vor seinem (!) Sohn.“ Es handle sich um einen „bewußt gesetzten Akzent, diese Stadt im Sinne Bölkows in das neue Jahrhundert zu führen“.

Übrigens - ich weiß, wovon ich rede: Als Soldat der Nazi-Luftwaffe war ich einst damit befaßt, dieses Teufelszeug, u. a. die Me 109, technisch zu warten. Schwerin erlebt jetzt erstaunliche Ehrungen. Während der Thälmann-Gedenkstein aus Lankow im Museumsarchiv verschwand, wurde in eben diesem Stadtteil einer Schule der Name „Werner von Siemens“ verliehen. Noch ein Mann mit „sozialer Kompetenz“ - wie Schwerins „großer Sohn“ Dr. Ludwig Bölkow.

Günter Buschow

Reporterskizzen (22)

Am Rio de la Plata

Wohl an die zwanzig mal habe ich als DDR-Journalist Vorsitzende und Generalsekretäre kommunistischer Parteien Mittel- und Südamerikas interviewt, wodurch ich im Laufe der Jahre einen guten Überblick gewann. Meine Gesprächspartner waren - was politische Erfahrung, theoretischen Tiefgang und ideologisches Profil betrifft - sehr verschiedene Leute und sie gingen später unterschiedliche Wege. Ich sprach u.a. mit Brasiliens Luís Carlos Prestes, mit Guyanas Cheddy Jagan, mit Perus Jorge del Prado, mit Ekuadors Pedro Saad, mit Volodia Teitelboim und Gladys Marin aus Chile, mit Argentinien's Arnedo Alvarez. Besonders an ihn - den selbst schon lange verstorbenen Nachfolger des berühmten lateinamerikanischen Parteiführers Victorio Codovilla - erinnere ich mich lebhaft. Wir trafen uns im Gästehaus des ZK der SED - die Bonner Conquistadoren haben es inzwischen abgerissen - und sprachen mehrere Stunden miteinander. Ursprünglich Hafenarbeiter und ein proletarischer Typ jener Art, die Festigkeit mit Bescheidenheit und solider marxistischer Bildung vereint, gab mir Genosse Alvarez eine äußerst konzentrierte Lektion zum Thema Argentinien. Das Bild, das er von der damals größten kommunistischen Partei des amerikanischen Doppelkontinents zeichnete, war faszinierend: Die zum Zeitpunkt des Gesprächs rund 100 000 Mitglieder zählende KPA, die über Einfluß in den Gewerkschaften verfügte, im Parlament vertreten war und neben ihrer Zeitung regelmäßig mehrere Periodika herausgab, hatte sogar unter Bedingungen vorausgegangener jahrzehntelanger Illegalität die Werke Lenins in verblüffend hoher Auflage im Lande selbst gedruckt und vertrieben.

Ich fragte Arnedo Alvarez nach Marcos Arturo Lozza, unserem Korrespondenten in Buenos Aires, der sich für ganze 150 Dollar im Monat jahrelang die Finger wundgeschrieben hatte, ohne daß viel von ihm ins Blatt gekommen wäre. „Lozza ist ein hervorragender Publizist und ein verlässlicher Genosse“, erwiderte der Generalsekretär. „Er besitzt unser Vertrauen“. Ich schämte mich für das, was mit Lozza geschehen war. Irgendwann hatte ein stellvertretender Chefredakteur des ND hinter der vorgehaltenen Hand vernommen, mit dem Argentinier sei „etwas nicht in Ordnung“. Sehr bald wurde daraus, bei Lozza gebe es „Verdachtsmomente“. Eine DDR-Botschaft, bei der man hätte Erkundigungen einziehen können, gab es zu jener Zeit noch nicht, und die KPA war als halblegale Partei schwer zu erreichen. So wurde Lozza einfach „abgeschaltet“. Er bekam weiter sein Honorar angewiesen, schrieb wie bisher seine Artikel, aber nichts davon erschien. Als ich 1967 den Bereich USA/Lateinamerika übernahm, sah ich mir die regelmäßig eingehenden spanisch-sprachigen

Manuskripte, die selten jemand übersetzt hatte, an und stellte fest, daß es sich um hervorragende marxistische Analysen handelte. Als uns dann einige Monate später ein Parteikurier aus Buenos Aires bestätigte, gegen Lozza liege nicht das Geringste vor, bereicherten seine klugen Beiträge bald unsere Zeitung. Es gab nur ein einziges Problem: In der berechtigten Annahme, seine früher übermittelten Materialien seien durchweg veröffentlicht worden, setzte der Autor beim Leser nicht vorhandene Kenntnisse voraus.

Nachdem sich Arnedo Alvarez noch einmal ausdrücklich für seinen Genossen verbürgt hatte, luden wir Arturo Lozza und seine junge Frau Juanita zu einem längeren Studien- und Erholungsaufenthalt in die DDR ein. Unsere gemeinsame Fahrt durch das Land wurde zu einem Triumphzug für die Lozzas. Unser Korrespondent, dessen Ehre wiederhergestellt war, ohne daß er von der ihm zugefügten Kränkung je erfuhr, mußte allorts Reden halten, Hände schütteln und Freunde umarmen. Besonders erinnere ich mich an ein begeisterndes Meeting mit den FDJlern der EOS Lichtenstein und an den Besuch in der Plauener Plamag, wo Lozza auch mit vietnamesischen Arbeitern zusammentraf.

Dann kam eine schlimme Zeit für die beiden Staaten am Rio de la Plata: In Argentinien und dem benachbarten Uruguay putschten sich faschistische Generale an die Macht. Sie errichteten ein blutiges Schreckensregiment. Unter dem Vorwand, dem „Terrorismus“ ein Ende zu bereiten, wurde die militante Linke drakonisch verfolgt. Tausende und Abertausende verschwanden für immer. Nur einen Teil der Gräber der Ermordeten hat man gefunden, da viele der Opfer von Hubschraubern der Armee und der Marine über dem Meer in die Tiefe gestürzt wurden. In Argentinien traf es besonders Linksperonisten und Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes, während sich die Partei - im Interesse des Schutzes ihrer Kader - durch eine vorsichtige Taktik de facto einen halblegalen Status bewahren konnte. Auch in Uruguay verloren die KPU, das von ihr mitgetragene Linksbündnis „Frente Amplio“ und die Tupamaros der Stadtguerrilla zahlreiche Kämpfer. Die faschistischen Diktaturen in beiden Staaten des lateinamerikanischen Südkegels, mit deren Hilfe die linken Kräfte dezimiert und auseinandergetrieben werden sollten, konnten erst Mitte der 80er Jahre überwunden werden.

Kurz nach Wiederherstellung noch zerbrechlicher bürgerlich-demokratischer Verhältnisse reiste eine SED-Delegation unter Leitung Hermann Axens nach Montevideo und Buenos Aires. Ich begleitete sie als ND-Berichterstatte. In der argentinischen Hauptstadt holte Genosse Athos Fava, jetzt Generalsekretär der KPA, die kleine Abordnung

aus der DDR vom Flughafen ab. Er und Axen, für den - wie üblich - ein Hocker hinter das Rednerpult gestellt wurde, damit er über dessen oberen Rand blicken konnte, hielten kurze Ansprachen, in denen sie die solidarische Verbundenheit beider kommunistischer Parteien unterstrichen. Fava verwies kurz auf den am folgenden Wochenende beginnenden Kongreß der argentinischen Kommunisten, von dem wichtige Entscheidungen erwartet würden. Da hakte mich plötzlich ein großer Mann mit krausen Haaren und starker Brille unter. Arturo Lozza. Er sei jetzt Chefredakteur des Parteiorgans, sagte er. Wir verabredeten uns für den selben Abend im Haus des ZK der KPA.

Als ich dort eintraf, spürte ich sofort, daß etwas in der Luft lag. Viele der Genossen, die in Gruppen herumstanden und eher verhalten diskutierten, machten einen bedrückten Eindruck. Ein Parteitag der Sieger über die faschistische Diktatur schien das bevorstehende Ereignis nicht zu werden. Was geht hier vor?, schoß es mir durch den Kopf. Steht die Partei vor einer Spaltung? Ist sie in den Jahren der Generalherrschaft so geschwächt worden, daß ihr die Luft ausgegangen ist? Ich dachte betrübt an die stolzen Zahlen, die mir einst Arnedo Alvarez genannt hatte.

Nachdem Hermann Axen zunächst in der Casa Rosada - an der berühmten Plaza del Mayo vor dem Präsidentenpalast standen wie an jedem Tag die Mütter der Verschwundenen mit den Bildern ihrer Kinder - Staatschef Raul Alfonsín seine Aufwartung gemacht hatte (auch ich durfte einen Blick in die geheiligten Gemächer und auf den Politiker werfen), fuhren wir am Sonnabend zum KPA-Kongreß auf dem Messegelände. Alles wirkte zunächst normal. Über dem Präsidium hingen Porträts von Simon Bolívar, Ché Guevara, Victorio Codovilla und Arnedo Alvarez. Generalsekretär Athos Fava erstattete den Rechenschaftsbericht. Da begann der „Terror“ des Jugendverbandes. Mit dröhnenden Samba-Trommeln mischten seine Delegierten auf, störten sie systematisch den Verlauf des Parteitages. Ein Feuerwerk von Ultralinks. Man forderte den Rücktritt der „kapitulantenhaften Führung“, die unter der Diktatur „feige taktiert“ habe, während die Genossen des KJV bereit gewesen seien, ihr Blut zu vergießen. (Tatsächlich wurde an jenem Tag fast das gesamte Zentralkomitee der KPA davongejagt und durch ganz junge Leute ersetzt. Nur einige wenige „Veteranen“ konnten sich gerade noch behaupten. In der Folgezeit ging der Einfluß der Partei dramatisch zurück, bis wieder eine gewisse Erholung eintrat.)

So wurde ich erstmals in meinem Leben Zeuge der schmerzlichen Paralyse einer großen kommunistischen Partei. Die Diktatur der Generale schien ihr Ziel nachträglich erreicht zu haben. Auf dem Korridor sprach ich mit Rodney Arismendi, dem Ersten Sekretär der KP Uruguays und führenden marxistischen Theoretiker der lateinamerikanischen Arbeiterbewegung. Er bestätigte meine düsteren Eindrücke. Hermann Axen brach die Teilnahme am Parteitag ab. Zwei Stunden später flogen wir mit der IL-62 der DDR-Regierungsstaffel über die senegalesische Hauptstadt Dakar nach Berlin zurück.

Klaus Steiniger

Am Rande bemerkt

□ „Und das muß nach meiner Meinung überhaupt ein Grundzug eines Kommunisten sein: Nie darf er glauben, vollkommen zu sein und mit einer Sache ein für allemal fertig. Er braucht immer den Mut, das eben Erreichte und Gelöste wieder in Frage zu stellen, bisher nicht Erprobtes zu probieren, mit Freude am Risiko, mit Bedürfnis nach Risiko sogar, bei Einsatz seiner ganzen Person“ – so **Herbert Otto** in einem am 12. 11. 1973 im ND veröffentlichten Gespräch. Otto wurde vor 75 Jahren, am 15. 3. 1925, in Breslau (Wroclaw) geboren und hat sich einen Namen gemacht als Romanautor und Erzähler, Verfasser von Reportagen und Filmszenarien. Otto, Sohn einer Näherin, geriet als Soldat (1943/44) in sowjetische Gefangenschaft; 1949 besuchte er die zentrale Antifaschule in Moskau und wurde nach der Rückkehr Dramaturg, Verlagslektor und Schriftsteller. 1957 Orientreise; 1960 Kubareise.

Otto zählt zu den wesentlichen Erzählern seiner Generation. Sein erfolgreiches Erstlingswerk, „Die Lüge“ (1956; bearbeitet 1965), ist ein Roman mit autobiographischen Zügen, der das Reifen eines jungen deutschen Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft schildert. Die Kuba-Reportage „Republik der Leidenschaft“ (1961; mit Fotos des Autors) spiegelt die exotische Atmosphäre der vom Dollar-Imperialismus befreiten Insel ebenso anschaulich wider wie die Vehemenz der revolutionären Ereignisse; gewidmet hat er es „den compañeros, die im April 1961 die kubanische Revolution mit ihrem Leben verteidigt haben“. Die romanhafte Gegenwartserzählung „Zeit der Störche“ (1966, 1971 von Siegfried Kühn verfilmt) berichtet mit frischer Unmittelbarkeit von der alles verändernden Liebe zwischen einem jungen Bohrarbeiter und einer Lehrerin, von der Überwindung alter, echten menschlichen Beziehungen entgegenstehender Konventionen. Der gleichfalls die Gestalt des jugendlichen Außenseiters und Draufgängers aufgreifende und die daraus entstehenden Konflikte rückhaltlos darlegende Roman „Zum Beispiel Josef“ (1973, von Erwin Stranka 1974 verfilmt) erzählt die Geschichte eines ehemaligen Fremdenlegionärs, der in die DDR gekommen, unter großen Schwierigkeiten und nach Rückschlägen schließlich zu einem sinnvollen Leben findet.

Weitere Werke Ottos sind u. a.: die Reportagebände Stundenholz und Minarett (1958); Minarett und Mangobaum (1959); Septemberliebe (Szenarium, 1960 von Kurt Maetzig verfilmt); Die Sache mit Maria (1976); Der Traum vom Elch (1983).

□ Der Erzähler, Publizist und Nachdichter **F. C. (Franz Carl) Weiskopf** wurde vor 100 Jahren, am 3. 4. 1900, in Prag geboren (er starb am 14. 9. 1955 in Berlin). Seit 1919 in der linkssozialdemokratischen und kommunistischen Bewegung aktiv, wurde er 1933 aus Deutschland ausgewiesen. Er nahm 1934 am Ersten Allunionskongreß der sowjetischen Schriftsteller teil, war Chefredakteur der legendären Arbeiter-Illustrierten-Zeitung (AIZ) in Prag, emigrierte 1939 in die USA und war 1947–52 Diplomat in Washington, Stockholm und Peking.

Große Bedeutung erlangten seine Reportagen über die Sowjetunion („Umsteigen ins 21. Jahrhundert“, 1927, „Zukunft im Rohbau“, 1932). Besonderes Aufsehen erregte das Buch „Der Staat ohne Arbeitslose. Drei Jahre Fünfjahrplan. 250 Bilder aus Sowjetrußland“ (1931, zusammen mit E. Glaeser, Vorwort Alfred Kurella), eine Bild- und Wordokumentation über den Aufstieg des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates. In den Romanen „Lissy“ (1937; von Konrad Wolf 1957 verfilmt) und „Himmelfahrtskommando“ (1944) setzt er sich mit dem Faschismus auseinander. In dem Zyklus „Abschied vom Frieden“ (1946; von H.-J. Kasprzik 1977 verfilmt), „Inmitten des Stroms“ (1948), „Welt in Wehen“ (1965) zeichnet F. C. Weiskopf die Probleme der untergehenden Donaumonarchie. Weiskopf verfaßte einen ersten Abriss der deutschen Exilliteratur („Unter fremden Himmeln“, 1948) und schrieb Aufsätze zur „Verteidigung der deutschen Sprache“ (1955), in denen er in bezug auf Westdeutschland u. a. den Gebrauch des „menschenfeindlichen Braunwelschs der Hitlerzeit“ anprangerte und vehement gegen die „Überfremdung des Deutschen durch das massive Eindringen amerikanischer Wörter und Wendungen“ polemisierte.



Stephan Hermlin sagte in seiner Totenrede an F. C. W. u. a.: „Als deine Leser verlieren wir dich nie. Immer wieder werden wir uns an deiner Phantasie und deinem vorzüglichen Handwerk freuen können. Du hattest beharrlich für etwas gearbeitet, was für alle Schriftsteller das Nächstliegende ist, aber von manchen Leuten, die schreiben, immer wieder vergessen wird: die Sprache, ihre Reinheit, ihre Schönheit. ... Du warst dem

Feind der Menschheit und der Literatur stets ein Feind, weil du ein Kommunist warst; aber weil du ein Kommunist warst, fühltest du dich verantwortlich für die Schriftsteller und suchtest den Zusammenschluß all derer zu beschleunigen, die in der Literatur eine Hilfe für den Menschen sehen. ... Auch in deiner Freundlichkeit warst du ein Kommunist, ein Mensch, der im Kampf für das Glück der Menschheit nicht die Qual oder das Glück des einzelnen vergißt. ... Du hinterläßt viele Menschen in vielen Ländern, die du geformt hast, und dreißig Bücher, die immer weiter neue Menschen formen werden. Dein Leben war wie dein Lächeln; man sieht ihm ins Innerste, ins Herz; es ist ohne Makel.“

□ Am 7. 4. gedenken wir des 70. Geburtstags von **Ulrich Thein**, des unvergessenen DDR-Filmschauspielers und Regisseurs. Der 1930 in Braunschweig Geborene (er starb am 21. 6. 1995 in Berlin) war nach einem Musikstudium und Schauspielunterricht von 1951 bis 1963 Schauspieler am Deutschen Theater Berlin sowie Gast am Theater der Freundschaft. Seit 1952 Rollen in Kinofilmen, seit 1964 im Fernsehen. Inszenierungen am Theater der Bergarbeiter Senftenberg und am Theater des Friedens Halle. Ab 1963 vor allem Regisseur und Autor von Fernseh- und Kinofilmen, seit 1977 verstärkt wieder als Schauspieler in Fernsehfilmen. Zahlreiche Kunstpreise (u. a. Kunstpreis der DDR 1969, Nationalpreis 1973, Darstellerpreis bei den Internationalen Filmfestspielen Moskau 1979, Schauspielerpreis des 1. Nationalen Spielfilmfestivals Karl-Marx-Stadt 1980, Goethe-Preis der Stadt Berlin 1980).

Wichtige Filme des Regisseurs Thein waren u. a.: Der andere neben dir (1963), Mitten im kalten Winter (1968), Broddi (1973/75), Ein altes Modell (1975), Dach überm Kopf (1979) und Romanze mit Amélie (1981). Als Schauspieler prägte er Filme wie Das Lied der Matrosen (1958), Fünf Patronenhülsen (1960), Geschichten jener Nacht (1967), Anton der Zauberer (1977), Der Teufel hat den Schnaps gemacht (1980) und Johann Sebastian Bach (1985).

In einem Gespräch mit H.-D. Tak in „Film und Fernsehen“ 4/1981 sagte Ulrich Thein über seine Arbeit: „Ich möchte gern etwas schaffen, was eine Weile besteht, was in mir das Gefühl auslöst: Das bleibt, das hat Wirkung, weil es dem Zuschauer Freude bereitet, weil es ihm Kraft und Selbstbewußtsein gibt, ihn berührt, ihn zur Auseinandersetzung zwingt. Kunst kann viel im Menschen bewegen, auch der Film.“

W. M.

Briefe an „RotFuchs“



Liebe Genossen und Freunde, eine für mich schwere Zeit findet nun mit meiner heutigen Haftentlassung ihr Ende, auch wenn eine „Begnädigung“ nicht die noch zu erkämpfende Aufhebung der Unrechtsurteile ersetzt. Die Freude über das Ende der Haftzeit verbindet sich für mich mit tiefen Gefühlen der Dankbarkeit für die mir und meiner Frau erwiesene große und warmherzige Solidarität. Gerade der „RotFuchs“ hat sich sehr für die Beendigung der politischen Strafverfolgung eingesetzt. Er war uns in den Jahren der Haft ein anspruchsvoller und Mut machender Begleiter. Allen Genossen der Redaktion, der DKP und allen Freunden unseren herzlichen Dank für ihre große Solidarität, sei es durch Anwesenheit im Gerichtssaal, durch ihre Briefe oder Besuche in den vier Haftanstalten, die ich kennenlernen mußte. Dank für Eure Unterstützung und Anteilnahme, die uns sehr geholfen haben, diese zehn Jahre der Verfolgung, die Zeit des Prozesses und der Haft aufrecht zu überstehen.

Wir sind überzeugt, daß der „RotFuchs“ und seine Freunde sich auch weiterhin so solidarisch an die Seite der von der Strafverfolgung Betroffenen stellen werden. Mit Euch gemeinsam werden wir auch künftig aktiv für politische und soziale Gerechtigkeit kämpfen.
14. März 2000

Hannelore und Klaus-Dieter Baumgarten, Zeuthen

Seit über einem Jahr erreicht mich nun regelmäßig Eure Zeitschrift und über mich auch eine Vielzahl Interessierter und Sympathisanten Eurer oder, besser gesagt, unserer Partei. (...) Meine Freunde und ich können bestätigen, daß der „RotFuchs“ die proletarisch-revolutionären Traditionen und Positionen der kommunistischen (Welt-) Bewegung aufrechterhält und weiterentwickeln hilft. Auch Eure Veranstaltungen sind für uns eine Bestätigung dafür, daß unsere Idee - trotz aller Bemühungen der imperialistischen Kreise, sie zu töten - weiterlebt.

Es^{ist} wohlthuend zu lesen, wie Eure Zeitung mit darum kämpft, das noch bestehende Rentenstraftrecht gegen ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe der DDR zu beseitigen. Auch dafür sei Euch der Dank dieses Personenkreises ausgesprochen. Damit der „RotFuchs“ weiterhin so termingetreu und orientierungssicher seine Empfänger erreicht - anbei ein kleiner Obolus.

Friedrich Morche, Annelies und Manfred Micksch, Baßdorf

Lieber Mitstreiter Konstantin Brandt aus Pinnow in Mecklenburg-Vorpommern! Mit Freude hast Du, wie Du an den „Rotfuchs“ schreibst, „den Kommentar von Karl Eduard gelesen“ - ich auch. Du würdest gerne zu den

ständigen Lesern gehören, weißt aber „momentan als Arbeitsloser nicht, mit welcher Spende man dies erreichen könnte.“

Momentan gelöst: 50 DM an „RotFuchs“. Du bist auf der Fährte. Ganz klar. Deine Mitstreiterin

Annelie Thorndike, Seebad Heringsdorf

Herzlichen Dank für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“. Er ist für mich eine wichtige Lektüre geworden, auf die ich monatlich warte. Hier werden marxistisch-leninistische Theorie und Praxis verbreitet und deren Verfälschungen entlarvt. Er ist ein wichtiges Hilfsmittel im Ringen um die Aktionseinheit aller linken Kräfte und für die feste Solidarität mit allen politisch Verfolgten. Den Herausgebern und Autoren wünsche ich weiterhin viel Erfolg!

Achim Böhme, Halle

Allen „RotFuchs“ weiter viel Kraft und Mut im Dickicht jenes „Waldes“, der uns gegenwärtig umgibt. Von Freunden erhielt ich Eure Ausgaben Dezember 1999 und Januar 2000 als Leseprobe. Hier fand ich viele Artikel, die auch meinen Standpunkt (viel besser, als ich es je ausdrücken könnte) widerspiegeln. Dafür vielen Dank! (...)

Im Zusammenhang mit den jüngsten Spenden-skandalen der bürgerlichen Parteien möchte ich noch auf eine weitere Spur hinweisen. Am 26.5.1999 brachte ein 3. Fernsehprogramm einen Beitrag unter dem Titel: „US-Agenten steuerten Nachkriegsdeutschland“. In der Sendung erklärte ein ehemals in der Bundesrepublik agierender USA-Geheimdienstler unverhohlen, er sei „froh, daß die CIA unmoralisch war, denn wir hatten schließlich den Kalten Krieg zu gewinnen“. Es ging um Geldzahlungen an deutsche Nachkriegspolitiker. CIA-Beihilfen gab es nach dem Eingeständnis des Amerikaners immer dann, „wenn Politiker Hilfe und Unterstützung im Kampf gegen den Kommunismus benötigten“.

Vielleicht sollte Herr Thierse mal prüfen, welche Summen CDU und SPD aus diesen Quellen erhielten. Gut möglich, daß davon noch ein hübsches Sümmchen auf bisher unerkannten Konten ruht. (...)

An die CDU gewandt: Laßt Euch nicht vom gegenwärtigen Stand der „Nachforschungen“ entmutigen. Sucht weiter, gönnt Kohl seine Ruhe, der sagt eh nichts. Doch „Aufklärung“ nach Art der drei Affen ist immerhin unterhaltsam.

Alfred Kutschke, Berlin

Liebe Genossen, vielen Dank für die regelmäßige Übersendung Eurer Zeitschrift „RotFuchs“. Wir begrüßen es, daß sich Eure DKP-Organisation für die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit mit der KPD als marxistisch-leninistische Partei im Rechenschaftsbericht der Gruppe ausgesprochen hat.

Emil Collet, Neubrandenburg

Am 7. Januar 2000 kam Dietmar Keller, jetzt Mitarbeiter von Gysi, wieder mal im ND zu

Wort. Die PDS stamme vom Baum der deutschen Sozialdemokratie ab, meinte er. In ihrer Ahnenreihe befände sich auch Herbert Wehner. Ausgerechnet Wehner! Der lieferte einst für Kellers heutiges Denken die Vorlage: „Es gab dann eine Zeit, da habe ich zusammen mit Ollenhauer gesagt, jetzt sollen sie ein Programm bekommen. Da wollen wir sehen, daß es eins wird, das in die Zeit paßt. Und das ist dann das geworden, was man das Godesberger Programm, beschlossen 1959, nennt ... Dazu bedurfte es in der SPD erst gewisser Voraussetzungen, organisatorisch-politisch als auch personell, die wir zu einem nicht unerheblichen Teil 1958 auf dem Stuttgarter Parteitag zustande gebracht haben.“ Soweit Wehner. Mit den Beschlüssen von Bad Godesberg trennte sich die SPD von den letzten Grundwerten der Partei Bebels. Sie ging von nun an ungeniert und unmaskiert den kapitalistischen Weg, bekannte sich rückhaltlos zur NATO, wurde noch antikommunistischer.

Droht der PDS von den Wehner-Verehrern in ihren Reihen ein neues Bad Godesberg?

Hans Kopistecki, Frankfurt/Oder

Liebe Freunde und Genossen, wie gut, daß es Euch und den „RotFuchs“ gibt. Politik, Kultur und Geschichte endlich einmal nicht von „Vermutungen“, „Vorstellungen“ und „Wunschträumen“ getragen. Keine „Drahtzaun-Nervensäge“ etc. Ich und meine Nachleser möchten dem „RotFuchs“ wieder etwas Futter zukommen lassen.

Erika Bach, Berlin

Ich wollte Euch mal Dank sagen dafür, daß Ihr mir den „RotFuchs“ so unermüdlich zuschickt. Anbei eine Spende für Euren Aufwand an Druckkosten, Porto etc.

Was die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus betrifft, stimme ich den im „RotFuchs“ veröffentlichten Beiträgen im Wesentlichen zu. Gar nicht einverstanden bin ich mit der Polemik gegen PDS und „Neues Deutschland“. Eure Autoren sind doch erfahrene Politiker, die wissen müßten, wie sehr es der Arbeiterbewegung im Laufe ihrer Geschichte geschadet hat, wenn sich Linke gegenseitig bekriegen und zerfleischen, statt sich - ungeachtet verschiedener politischer Ansichten - zu einer Front gegen die volksfeindlichen Kräfte von rechts zu vereinigen. Das will noch lange nicht heißen, daß die DKP ihre politischen Positionen aufgeben muß - andere auch nicht - , aber im Augenblick sind sie einfach nicht durchsetzbar. Die DKP besitzt z.Z. weder eine Massenbasis im Volk noch die nötige Schlagkraft, um irgendetwas zu verändern.

Ich bin für ein politisches Minimalprogramm, auf das sich alle Linken unter Beibehaltung ihrer Selbständigkeit mit einem hohen Maß an Toleranz und Verständigungswillen einigen sollten. An erster Stelle müßte meines Erachtens stehen, noch stärker bzw. überhaupt in den Kommunalvertretungen, den Landtagen und Landesregierungen, vor allem im Westteil der Bundesrepublik, Fuß zu fassen. Den augenblicklichen Machtverhältnissen kann man doch wohl nur durch schlagkräftige Aktionen der Gewerkschaften, in denen wir bisher kaum etwas zu sagen haben, und ein stärkeres Ein-

dringen linker Kräfte in die Parlamente aller Ebenen beikommen.

Rudolf Janert, Berlin

Auch im Namen meiner Mitleser herzlichen Dank für Inhalt, Gestaltung und stets zuverlässigen Vertrieb des „RotFuchs“. Angesichts der rasch zunehmenden Resonanz ist das mit viel Aufwand und sicher auch großen finanziellen Schwierigkeiten verbunden. Umso größer ist unsere Anerkennung für alle Genossinnen und Genossen, die daran Anteil haben. Anbei eine Briefmarkenspende.

Saarfried Thiele, Borna

Ich mache mir Gedanken über die jüngsten (aus meiner Sicht negativen) Entwicklungen in der „jungen Welt“ sowie damit möglicherweise verbundene personelle Veränderungen. Obwohl der „RotFuchs“ vielleicht nicht der geeignete Platz ist, meinem Ärger Luft zu machen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß mich die Berichterstattung der „jw“ über die jüngste Genossenschaftsversammlung sehr verdrossen gemacht hat. Unter der Chefredaktion von Holger Becker hat die Zeitung trotz gelegentlichen Schlingerns in wichtigen Fragen einen recht klaren Kurs gefahren. Jetzt heißt es auf einmal aus der Feder Klaus Fischers mit kritischer Distanz: „Holger Becker, ..., setzte in der jüngeren Vergangenheit seine publizistischen Schwerpunkte: Offenbar sieht er in der Begleitung der sozialen Kämpfe in Ostdeutschland und dem praktizierten Umgang mit der DDR-Vergangenheit seine journalistische Priorität.“ Dieser Kurs führe jedoch nicht zu neuen Abonnenten. Nach Ansicht von Geschäftsführer Dietmar Koschmieder müsse man „thematisch und faktisch auch in Westdeutschland stärker Präsenz zeigen“. Offenbar um den Preis von Zugeständnissen. Plötzlich tauchen z.B. Michail Nelken und Leute seiner politischen Provenienz in der Zeitung auf. Offenbar ist „einiges im Busch“. Wer sind denn überhaupt die neuen Vorstände, wo kommen sie her, was tun sie beruflich? Sollte die „junge Welt“ künftig weniger fair in Bezug auf unsere DDR-Vergangenheit sein, wäre das sehr zu bedauern. Es würde sie vermutlich viele Leser - darunter auch mich - kosten.

Heinz G. Neumann, Dresden

Ein Vulpinae (vulpes, lat. der Fuchs - d.R.) ganz allgemein hat kein leichtes Leben. Speziell auf einen Rotfuchs lauern die Jäger, nicht zuletzt wegen der Trophäe. Mit freundlichen Grüßen.

Henning Hagen, Berlin

Obwohl Nr. 25 des „RotFuchs“ keinen Artikel enthält, der den Tschetschenienkrieg thematisiert, wird auf diesen in fünf Beiträgen Bezug genommen. Alle Genossen, die sich dazu äußern, verfügen über große politische Erfahrung. In Grundfragen weiß ich mich mit ihnen einer Meinung. Was jedoch ihre Anmerkungen zum Tschetschenienproblem betrifft, gelingt es mir nicht, so eindeutige Antworten zu finden, wie es diesen Genossen möglich ist.

Sie argumentieren, die Aktionen der islamischen Separatisten liefen synchron mit strategischen Interessen der NATO. Durch die weitere territoriale Zerstückelung Rußlands wollten sich die imperialistischen Staaten den Weg zum kaukasischen Öl langfristig sichern. Natürlich treffen diese Argumente zu. Dennoch benennen sie nur Teile eines vielschichtigen Problemgeflechts. (...)

Wie geschichtlich erwiesen, stehen sich keineswegs bei jeder kriegerischen Auseinandersetzung Beteiligte gegenüber, von denen der eine einen gerechten, der andere einen ungerechten Krieg führt. Offenbar trifft das auch auf den Tschetschenienkonflikt zu. Mit Recht vertritt R.F. im „RotFuchs“ Nr. 25 die Ansicht, weder die „Moskauer Mafia“ noch die „separatistischen Banden“ führten einen gerechten Krieg.

Ich stelle mir die Frage: Brauchten die derzeitigen Machthaber Rußlands diesen Krieg nicht dringend als eine Art „Befreiungsschlag“ aus dem Dilemma, in dem sich die Jelzin-Sippchaft innenpolitisch befand und durch das sie der Machtverlust drohte? (...)

Jedenfalls ist es der russischen Oligarchie mit dem Tschetschenien-Coup gelungen, bei den jüngsten Duma-Wahlen ein Ergebnis einzufahren, mit dem das parlamentarische Kräfteverhältnis zuungunsten der Opposition verändert wurde. Der desavouierte und vom Volk gehaßte Präsident wurde gegen einen politischen Erben ausgetauscht, der mittels „energisches Durchgreifens“ in Tschetschenien bei vielen Russen die Illusion nährte, auf diese Weise den Sturz von der Höhe einstiger Weltmacht in politische Schwäche wieder umkehrbar machen zu können. Der Jelzin-Zögling - ein äußerst harter und gefährlicher Mann, dem politische Beobachter Pinochet-Neigungen unterstellen - wurde buchstäblich „über Nacht“ zum Präsidentschaftskandidaten mit den größten Erfolgsaussichten. Für die russischen Kommunisten entstand eine äußerst komplizierte Situation. Würden sie sich gegen den Tschetschenienfeldzug engagieren, gerieten sie beim überwiegenden Teil einer „patriotisch“ eingestimmten Bevölkerung total in die Isolation. (...)

Ich glaube, unsere Haltung zu diesem Konflikt, an dessen Schürung die NATO extrem interessiert ist, entspringt möglicherweise lange gewachsenen positiven Gefühlen. Unschwellig wirkt innere Verbundenheit zur Sowjetunion noch immer wie ein Bonus auch für das heutige, völlig anders geartete Rußland. Das wurde nach der siegreichen Konterrevolution weitgehend kapitalistischer Restauration unterzogen, auch wenn - im Urteil der KPRF - noch „ein instabiles Gleichgewicht der Kräfte“ fortbesteht. Im Kreml ist der Klassenfeind an der Macht, dessen Befehlen auch die russische Armee gehorchen muß. Sollte seine Politik nicht mit jenem Maß gemessen werden, das eben für kapitalistische Staaten gilt?

Wolfgang Clausner, Schwerin

Lieber „RotFuchs“, herzlichen Dank für die Zusendung der Zeitung. Wir lesen sie recht gerne und freuen uns über jede Ausgabe. Anbei ein Unkostenbeitrag in Form von Briefmarken.

Brigitte Schubert, Berlin

Unter der Überschrift „Das Interesse der Verkäuferin“ brachte „RotFuchs“ in Nr. 25 Auszüge aus einem Beitrag zu Diskussionen, die gegenwärtig in der DKP geführt werden. Leser meines Heftchens „Zu den Losungen“ wiesen darauf hin, daß bei den notwendigen Auseinandersetzungen nicht der Eindruck von Besserwisseri und unsolidarischem Verhalten entstehen dürfe. Sie wenden sich gegen die möglicherweise aufkommende Vorstellung, die DKP verhalte sich insgesamt zur DDR so, wie das in einem Zitat aus Inge Vietts Buch von den „Linken im Westen“ gesagt wird. Diese Ansicht wäre - bezogen auf die DKP - nicht aufrechtzuerhalten. Kritiker empfehlen, die Diskussion überlegter und behutsamer zu führen. Eine solche Feststellung wird nicht durch die Hintertür korrigiert, wenn ich hier meine Überzeugung hinzufüge, daß es eine Bedingung für den richtigen Zugang zur historischen Rolle der DDR ist, das Entstehen dieses Staates als Ergebnis des gemeinsamen Kampfes der revolutionären Kräfte ganz Deutschlands und seine Niederlage als gemeinsame Niederlage zu begreifen.

Wir sollten die Diskussion jetzt auf der Grundlage des jüngsten Antrages des PV der DKP an den 15. Parteitag „Die DKP - Partei der Arbeiterklasse - ihr politischer Platz heute“ weiterführen.

Hans-Günter Szalkiewicz, Berlin

Ich bedanke mich für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“. Durch ihn bekomme ich immer wieder einen neuen Antrieb, mehr für unsere Sache zu tun. Sonst könnte man manchmal in tiefe Depression verfallen. Anbei eine Spende.

Bettina Thurmman, Halle

(...) Auch die Nummer 25 findet wieder meinen Beifall. Aufhorchen läßt mich allerdings der Diskussionsbeitrag von Katrin Hellwig in der Gruppenwahlversammlung von Nordost. Bitte macht aus dieser vielseitigen, insbesondere die linken Sympathisanten ansprechenden, auf hohem theoretischen Niveau stehenden Diskussionsplattform keine gruppeninterne Kleinzeitung. Ihr würdet viele „Mitleser“ in unseren Breitengraden verlieren. Die UZ deckt die für uns interessanten Themen im „Protektorat Neue Länder“ nicht ab. Wir brauchen Euch!

Günter Buschow, Schwerin

Es trifft sich gut, daß beinahe zeitgleich mit meiner Stellungnahme im „RotFuchs“ zur Frage einer NKPD für ganz Deutschland Willi Gerns in der UZ zur Parteikonzeption Lenins folgende Sätze formulierte: „Ein ungelöstes Problem für die Kommunisten in Deutschland sehe ich in der für die Perspektive unverzichtbaren Zusammenführung in einer gemeinsamen kommunistischen Partei“ ... „Das Leninsche Konzept der revolutionären Partei der Arbeiterklasse ist keineswegs überholt“ und „Das bewußtseinsbildende und organisierende Wirken von mehr Kommunisten ist gefordert.“

Als nicht länger aufschiebbare Konsequenz

leitet sich daraus für mich ab, daß aus der DKP als dem zur Zeit noch stärksten kommunistisch organisierten Potential die konkrete Initiative für die Erarbeitung einer entsprechenden Plattform ausgehen müßte, statt sich auf weitere fragwürdige Versuche für die Parteizukunft einzulassen, wie sie mit der Vorbereitung auf den 15. Parteitag verbunden sind. Sicher stünden nicht nur die „Rotfüchse“ in der DKP, sondern auch „heimatlos“ werdende Kommunisten in der PDS u.a. für ein solches wohlüberlegtes überregionales Herangehen an die perspektivische Lösung der Parteifrage konstruktiv zur Verfügung.

Wenn Willi Gerns fordert, „Deformationen des Parteikonzpts zu überwinden“, dann kann das im Sinne seiner eigenen Worte nur so verstanden werden, frei von revisionistischen Verunreinigungen allein Lenins Parteikonzzeption zu folgen.

Willi Belz, Kassel

In der Januar-Ausgabe des „RotFuchs“ wurde ein Leserbrief von Heinz-W. Hammer veröffentlicht, der meine im UZ-Magazin publizierten Aussagen auf der Konferenz „Die DKP und der 50. Jahrestag der DDR“ in grober Weise entstellt. Ich habe dort auf dem Hintergrund von Zweifeln an dem positiven Verhältnis der Kommunisten aus dem Westen zur DDR, die mir hier und da in Ostdeutschland begegnet sind, u. a. ausgeführt: „Und es gab Zeiten, da war das Bekenntnis zur DDR unvergleichlich schwieriger als heute. Da gehörte Mut dazu, sich als Kommunist zur DDR zu bekennen. Da wurden z. B. nach dem 13. August um die Arbeitsplätze von Genossen von ihren Kollegen Stacheldrahtverhaue errichtet. Als ich in einer Funktionärskonferenz der IG Metall gegen eine Resolution aufgetreten bin, die die Maßnahmen der DDR am 13. August verurteilte, mußte eine um mich gebildete Kette der Vertrauensleute meines Betriebes mich vor der in Pogromstimmung geifernden Menge schützen, die mich verprügeln wollte. Vom Klassengegner verfolgt zu werden, ist für Kommunisten normal. Bitterer ist der Haß der eigenen Klassengenossen. Ich führe das an, damit verstanden wird, wie verletzend es für uns Kommunisten im Westen ist, wenn uns heute hier und da, offen oder verdeckt, ein gebrochenes Verhältnis zur DDR unterstellt wird. Und dabei wird manches geradezu an den Haaren herbeigezogen. Ein Beispiel dafür ist der Leitartikel in der Juli-Ausgabe des „RotFuchs“. Was soll das, wenn dort gegen die Erklärung zu den Jahrestagen der Gründung der Bundesrepublik und der DDR polemisiert wird, weil man angeblich diese beiden Staaten nicht miteinander vergleichen und sie nicht in einem Dokument behandeln darf ...“

Genosse Hammer transportiert nun meine Bemerkung vom „Haß der eigenen Klassengenossen“, die sich völlig unmißverständlich auf die gegen mich geifernden Gewerkschaftskollegen auf der angeführten Funktionärskonferenz bezieht, auf den „RotFuchs“ und behauptet, daß ich diesem Haß auf die eigenen Klassengenossen unterstelle. Daß Genosse Hammer offenbar Schwierigkeiten hat, die unkomplizierten Zusammenhänge meines Textes richtig zuzuordnen, finde ich bedauer-

lich für ihn. Schlimmer ist die Veröffentlichung seines Leserbriefes durch den „RotFuchs“. Sie ist unsolidarisch gegenüber Genossen Hammer, dem man die Blamage bei denjenigen hätte ersparen können, die meine Aussagen im UZ-Magazin gelesen haben, und sie ist unsolidarisch mir gegenüber, da ich bei denjenigen, die meine Ausführungen nicht kennen, in ein völlig falsches Licht gerückt werde.

Willi Gerns, Bremen

(...) Die Berichterstattung im „RotFuchs“ Nr. 25 über Eure Wahlversammlung („Ein streitbares Kollektiv der DKP“) fand ich sehr interessant. Vor allem mit der Euch eigenen Qualität in der innerparteilichen Debatte habt Ihr in Form und Inhalt zum wiederholten Mal die Mär einer angeblich von Eurer Gruppe ausgehenden „Emotionalisierung“ der Diskussion widerlegt. Um so mehr erwarte ich nun die einer marxistischen Streitkultur würdige Reaktion unserer Parteiführung: Seit einigen Monaten werden in der UZ regionale Zeitungen vorgestellt, was ich sehr begrüße. Der „RotFuchs“ allerdings wurde bislang nur in zentralen Dokumenten (PV-Tagungen) und Veröffentlichungen (UZ, UZ-Magazin) „verrissen“. Was jetzt endlich auf der Tagesordnung steht, ist die Möglichkeit einer Selbstdarstellung des „RotFuchs“ in der UZ, so wie es für alle anderen Publikationen der DKP gilt. Zu dem Artikel des Genossen Werner Hoppe („Die Preisgabe des proletarischen Internationalismus“/ RF Nr. 25): Ich glaube es den Genossen, die sagen: „Ich habe es (die Konterrevolution des Gorbatschow) schon von Anfang an erkannt“. Mir ging es - wie dem Genossen Itzerott - nicht so. Auch ich habe einige Zeit gebraucht, bis mir klar wurde, was in der Sowjetunion tatsächlich ablief. Der entscheidende Punkt für mich kam (wie im Beitrag des Genossen Hoppe beschrieben) mit der bedingungslosen Preisgabe des proletarischen Internationalismus. Die Rede Fidel Castros vom 29.12.1989 (!) war nahezu prophetisch. Ohne diese damals auch international politisch-inhaltlich nicht allzu sehr geteilten Analysen, Einsichten und Erkenntnisse der cubanischen Führung hätte die Revolution nicht überlebt.

(...) P.S. Wenn es den „RotFuchs“ nicht schon seit Februar 1998 gäbe, müßte er mindestens einmal monatlich neu erfunden werden.

Heinz-W. Hammer, Essen

Dem „RotFuchs“ ist in Nr. 25 ein geografischer Schnitzer unterlaufen. Der Ort Riedhausen im Kreis Ravensburg gehört bei weitem nicht zur Schwäbischen Alb. Oberschwaben, das erst nach Napoleons Landreform 1803 zu Württemberg kam, ist Teil des „Oberlandes“ - einer Moränenlandschaft südlich der jungen Donau. (...) Daß gerade dort, im Zentrum des Klerikalismus, solche Ideen Fuß fassen, ist erstaunlich und begrüßenswert. (...)

Zum Beitrag „Das spanische Rätsel“: Ich fand dort den Hinweis auf den ersten Madrid-Botschafter der DDR, Peter Lorf, der später nach Mexico-Stadt ging und zuletzt stellvertretender Kulturminister der DDR war. Der von ihm

zeitweilig geleitete Bereich Presse und Information des MfAA war für mich als den Korrespondenten einer deutschkanadischen Wochenzeitung in der DDR sozusagen die „Betreuungsstelle“.

Ich erinnere mich an Peter Lorfs schwierige Bemühungen, im März 1970 beim ersten deutsch-deutschen Treffen in Erfurt imperialistische Pressemanöver zu durchkreuzen. (...) Nach dem konterrevolutionären Umsturz sprach Lorf in Leipzig vor einem interessierten Publikum. Ich bewahre dem Mann, mit dem man gesinnungsmäßig und moralisch rechnen konnte, ein gutes Andenken.

Gerhard Moest, Leipzig

Daß der „RotFuchs“ auch in Österreich gelesen wird, erfüllt uns mit Freude. Ist es doch ein gravierender Unterschied, ob marxistische bzw. neutrale Österreicher ihn lesen oder ob eine bayerische Delegation (CSU) aus Sympathie zu Haider nach Wien reist, um ihre Ideen und Ziele zu verbreiten. Man sagt wohl dazu: „Gleiche Brüder - gleiche Kappen“. Ein paar Worte über Schwedt. 1989 hatte unsere Stadt noch fast 54 000 Einwohner - heute sind es (mit inzwischen eingemeindeten Dörfern) nur noch etwa 41 000. Ein System, das völlig intakte Wohnhäuser (sogenannter „Rückbau“ von 11-Geschossern) und Kinder-einrichtungen abreißen läßt, während es gleichzeitig 114 registrierte Obdachlose und 2 259 Sozialhilfeempfänger in Schwedt gibt, besitzt keine Perspektive.

Allen Lesern sowie der Redaktion und ihren ständigen Mitarbeitern meinen Gruß - lassen wir die Solidarität nicht stagnieren! Anbei eine kleine Unterstützung.

Horst Hinz, Schwedt/O.

Man kann nehmen, was man will - sei es der Abriß der „Plattenbauten“ in Schwedt oder der geplante Abbau von 70 000 Arbeitsplätzen bei der Bahn-AG. Überall zeigt sich der gewöhnliche Kapitalismus. Denn in der DDR hätte es weder eine Vertreibung der Mieter durch Schließung von Betrieben und dadurch verursachten Wohnungsleerstand noch eine Arbeitsplatzreduzierung bei der Reichsbahn gegeben. Die Wohnungen waren preiswert, die Arbeitsplätze sicher.

Allein diese beiden Beispiele zeigen den wesentlichen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der leider auch im ND nicht mehr deutlich wird. Das von K. St. in Nr. 25 des RF beschriebene „Bernsteinianertum“ dürfte die Ursache dafür sein.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Am 16. April 2000 findet in der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals die traditionelle Kundgebung statt.

Es spricht:
Spanienkämpfer Fritz Teppich

Beginn: 11.30 Uhr

Wie die Bourgeoisie Nebelschleier legt

Die „politische Klasse“

Im Erfinden immer neuer sprachregelnder und begriffsverwirrender Vokabeln, die den Denkprozeß des „Normalbürgers“ manipulieren und dessen Ergebnis bereits hilfreich vorwegnehmen sollen, ist die Bourgeoisie nicht zu übertreffen. Nehmen wir nur „die Wirtschaft“ und „die Politik“. Gemeint sind in Wirklichkeit die den Staat beherrschenden Banken, Versicherungen und Konzerne sowie die von ihnen abhängigen Politiker der bürgerlichen Parteien, zu denen spätestens seit Godesberg auch die SPD gehört. „Mit den minimalen Möglichkeiten, die die Politik hat“, wollten Bundeskanzler Schröder und er als Chef der hessischen Landesregierung versuchen, die Banken zum „Einlenken“ im Fall Holzmann zu bewegen, erklärte z. B. Ministerpräsident Roland Koch am Beginn ihrer zunächst fruchtlosen „Vermittlungsversuche“. Erst als „die Wirtschaft“ von „der Politik“ hinreichend lukrative Konditionen geboten bekam, zeigte sie sich an einem Handel interessiert. In ihrer eigenen Sprache: Sie „bewegte sich“.

Zu den grotesksten Wortschöpfungen zählt zweifellos der Pseudo-Begriff „poli-

tische Klasse“. Er wird durchweg von Leuten gebraucht, die im sozialen Sinne die Existenz von Klassen, Klassengegensätzen und Klassenkampf entschieden leugnen. Nach diesem Gedankenwirrwarr gehören Politiker aller Klassen angeblich derselben, nämlich der „politischen Klasse“ an. Eine Debatte um ihre Existenz oder Nichtexistenz ist ebenso müßig wie der Streit über das Geschlecht der Engel. Warum bedient man sich eines solchen Nebuloseums? Vermutlich vor allem deshalb, weil man die Tatsache verbergen will, daß Politiker im Solde und im Schlepptau des Kapitals - und nur sie sind im eigentlichen Sinne gemeint - nicht nur Apologeten von Macht und Eigentum der Bourgeoisie, sondern Teil ihrer Klasse sind! Der Wunsch, dazugehören und bei den hierzulande Herrschenden „anzukommen“, treibt seltsame Blüten. Auffällig ist, daß sich in letzter Zeit auch immer mehr Verantwortliche der PDS zur Übernahme des „gebräuchlichen“ Vokabulars entschließen und von einer „politischen Klasse“ schwadronieren.

S.R.



„Bündnis für Arbeit“, wie George Grosz es sah.

Fundsache bei Lenin

Denen zur Kenntnis ...

..., die da meinen, beim „Beitritt“ der DDR zur Bundesrepublik sei „die Bewahrung der besten Elemente beider Systeme versäumt“ worden. Seinen im Juni 1919 veröffentlichten Artikel „Die Helden der Berner Internationale“ beginnt Lenin so:

„In dem Artikel 'Die Dritte Internationale und ihr Platz in der Geschichte' wies ich auf eine der auffälligsten Äußerungen des ideologischen Zusammenbruchs der Vertreter der alten, morschen 'Berner' Internationale hin. Dieser Zusammenbruch der Theoretiker des reaktionären Sozialismus, der die Diktatur des Proletariats nicht versteht, äußerte sich in dem Vorschlag der deutschen 'unabhängigen' Sozialdemokraten, das bürgerliche Parlament mit der Rätenschaft zu verbinden, zu vereinigen. Die bedeutendsten Theoretiker der alten Internationale Kautsky, Hilferding, Otto Bauer und Co., begriffen nicht, daß sie den Vorschlag machen, die Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats zu vereinigen! Männer, die sich dadurch einen Namen gemacht und die Sympathie der Arbeiter errungen haben, daß sie den Klassenkampf propagierten, seine Unvermeidlichkeit erläuterten, haben - im entscheidendsten Augenblick des Kampfes für den Sozialismus - nicht begriffen, daß sie die ganze Lehre vom Klassenkampf völlig aufgeben, sich völlig von ihr lossagen und faktisch in das Lager der Bourgeoisie übergehen, wenn sie die Diktatur der Bourgeoisie mit der Diktatur des Proletariats zu vereinigen suchen. Das klingt unwahrscheinlich, aber es ist eine Tatsache.“ (Lenin. Werke, Bd. 29, S. 381-390)

Übt Solidarität mit den Opfern der Klassenjustiz! Schreibt unseren politischen Gefangenen!

Im Strafvollzug befinden sich folgende Genossen:

Bernhard Geier (4 Jahre Haft)
 Joachim Goldbach (3 Jahre, 3 Monate Haft)
 Heinz Handke (2 Jahre, 8 Monate Haft)
 Karl-Heinz Knoche (4 Jahre Haft)
 Harald Ludwig (3 Jahre Haft)
 Adresse: JVA Hakenfelde,
 Niederneuendorfer Allee 140-150,
 13587 Berlin

Egon Krenz (6 Jahre, 6 Monate Haft)
 und Hans-Werner Schaaf (3 Jahre Haft)
 befinden sich in der JVA Friedrich-
 Olbricht-Damm 16, 13627 Berlin

Die Anschrift von Rainer W. Rupp
 (12 Jahre Haft) lautet:
 JVA Neunkirchen, Außenstelle Saarlouis,
 Kapuzinerstr. 1, 66740 Saarlouis

Diese Zeitschrift wird durch Spenden finanziert

Herzliche Glückwünsche

Am 12. April 2000 vollendet unser
Genosse Jochen Gültner

sein 50. Lebensjahr. Er hat sich zu Zeiten der DDR als Offizier in den bewaffneten Organen und in anderen Bereichen des Staatsapparates für den Schutz und die Stärkung der sozialistischen Gesellschaftsordnung eingesetzt. Heute leistet er aktive politische Arbeit, u.a. in der Leitung des Freundeskreises der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte. Herzlich gratulieren dem Jubilar der Gruppenvorstand Nordost und die „RotFuchs-Redaktion“.

Unsere liebe **Genossin Rosi** wird immer jünger. Herzlichen Glückwunsch!

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Wir laden alle Genossen, Freunde und Sympathisanten zur Versammlung der Gruppe Nordost am

Dienstag, dem 25. April 2000, um 19 Uhr

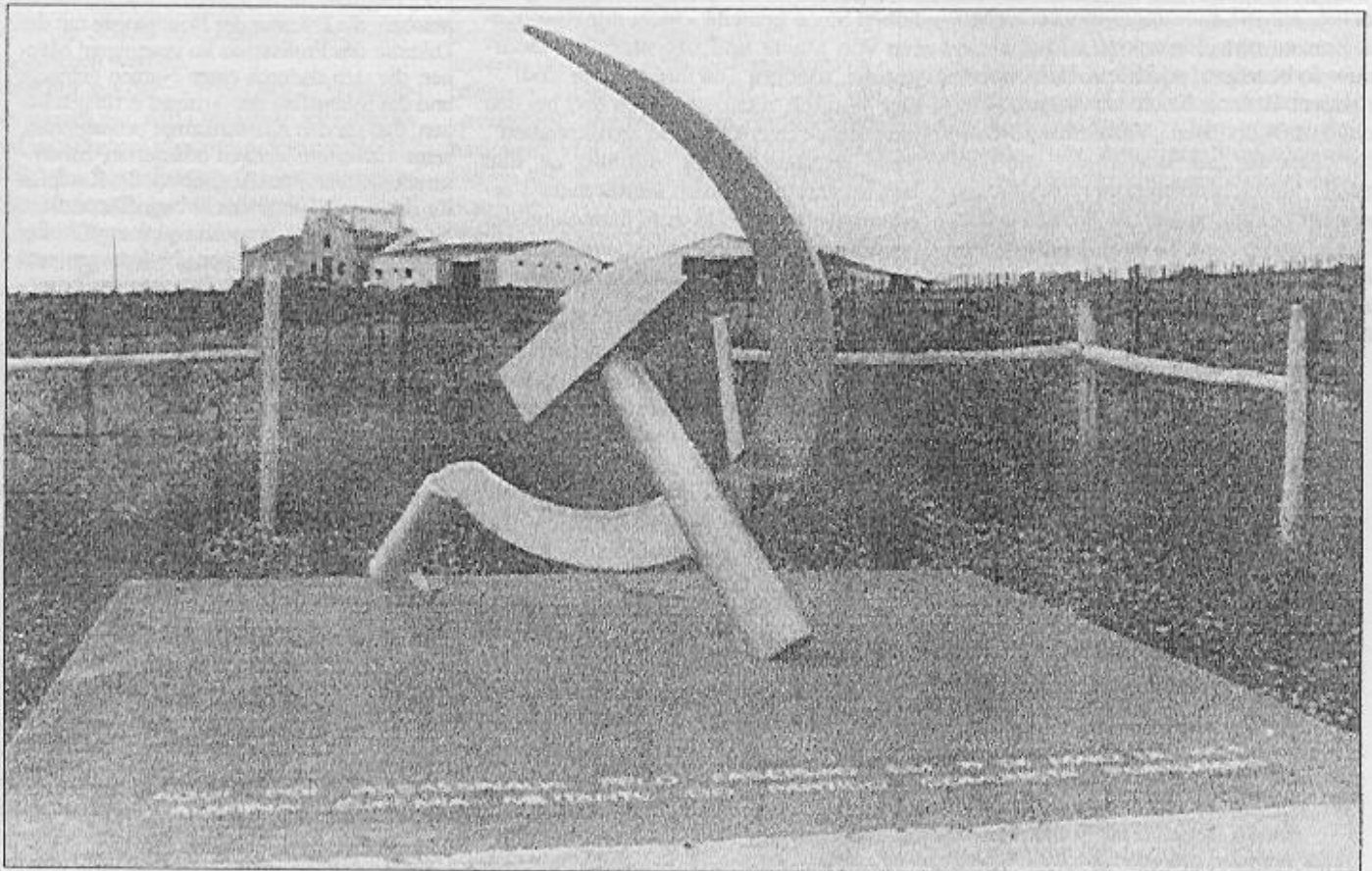
im Blauen Salon des alten ND-Gebäudes am Franz-Mehring-Platz herzlich ein.

Wir diskutieren über den Antrag des PV an den 15. Parteitag „DKP - Partei der Arbeiterklasse - ihr politischer Platz heute“.

Das Einstiegsreferat hält Genossin Bruni Steiniger.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Der Marx-Engels-Club der Berliner DKP lädt zu einem Film- und Diskussionsabend am **5. April, 19 Uhr**, mit dem amerikanischen Publizisten Victor Grossman und Tobias Niemann von der SDAJ ein.



Diese Aufnahme machte unser Hamburger Leser Arno von Appen. Es zeigt das von der Portugiesischen KP an dieser Stelle errichtete Denkmal in Baleizão (Alentejo), wo am 19. Mai 1954 die junge Kommunistin und Streikführerin der Landarbeiter Catarina Eufémia von dem Gendamerieoffizier Carajola erschossen wurde.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

REDAKTEUR (ViSDP):

Dr. Klaus Steiniger

Teterower Ring 37

12619 Berlin

Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,

Eberhard Bock

Matthias Bublitz

Wolfgang Clausner

Dr. sc. Gerhard Feldbauer

Arno Fleischer

Walter Florath

Heinz Herresbach

Werner Hoppe

Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott

Monika Kauf,

Gerda Klabuhn

Prof. Dr. Eike Kopf

Wolfgang Metzger

Dr. Annemarie Mühlfeldt

Frank Mühlfeldt

Armin Neumann

Dr. Norbert Pauligk

Rainer Rupp

SHAHAR

Harry Schmitt +

Karl-Eduard v. Schnitzler

Dr. Hartwig Strohschein

Dr. Hans-Günter

Szalkiewicz

Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer

Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.